



UNSERE ZUKUNFT GERECHT GESTÄLTEN. MEHR GRÜN. MEHR MARBURG!

*Wahlprogramm
Kommunalwahl 2026*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MARBURG

Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 15. März 2026

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Marburg

Beschlossen von der Stadtmitgliederversammlung am 10. Dezember 2025



Webseite:
gruene-marburg.de



Instagram:
gruene_marburg



Facebook:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
MARBURG

V.i.S.d.P.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Marburg
Stadtvorstand, Dr. Friedhelm Nonne
Frankfurter Straße 46, 35037 Marburg

INHALT

1. Grüne Politik wirkt!	4
2. Demokratie und Miteinander in Marburg stärken	7
3. Bezahlbaren Wohnraum schaffen – ökologisch verträglich	10
4. Bildung, Schule und Kita – modern, gerecht und zukunftsfähig	13
5. Nachhaltige Mobilität ausbauen.....	18
6. Soziale Politik für Marburg.....	23
7. Klimaschutz und Lebensqualität für morgen	28
8. Umwelt und Natur schützen	31
9. Haushaltskonsolidierung mit klaren Prioritäten.....	34
10. Nachhaltige Stadtentwicklung: sozial und ökologisch.....	38
11. Eine starke Wirtschaft in einer klimafreundlichen Stadt.....	40
12. Kultur in Marburg: Vielfalt erhalten	44
13. Gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen.....	47
14. Nachhaltigen Tourismus fördern	51
15. Sport als Grundlage für ein gesundes und vielfältiges Miteinander.....	54
16. Europa in und für Marburg.....	57

1. GRÜNE POLITIK WIRKT!

In den vergangenen fünf Jahren haben wir die Politik in Marburg in der Regierung mitgestaltet. Hier konnten wir viel für die Bürgerinnen und Bürger Marburgs erreichen!

Sonne und Wind statt CO₂

Wir sind beim Wechsel hin zu einer CO₂-freien Energieversorgung deutlich vorangekommen. Mit Förderprogrammen haben wir die Nutzung von Solarenergie insbesondere auch für Mieterinnen und Mieter deutlich ausgebaut. Mit unserer Unterstützung gelang es den Stadtwerken, den Zuschlag für die Errichtung von sieben Windrädern zu erhalten, mit denen in wenigen Jahren der größte Teil des Marburger Strombedarfs zu günstigen Preisen gedeckt werden kann. Die ersten größeren Solarfelder sind in Planung und werden die Versorgung mit erneuerbarem Strom spürbar stärken.

Sicher und sauber durch die Stadt

Der öffentliche Personennahverkehr wird immer besser: Bereits 20 % des regulären Buslinienverkehrs können mit Elektrobussen abgedeckt werden. Das reduziert Fahrzeuglärm und Abgase – damit sind wir in Hessen spitze! Es sind viele Fahrradstreifen, -straßen und -ampeln eingerichtet worden. Das macht das Fahrradfahren einfacher und sicherer – auch für Autofahrer*innen. Die bestehenden Straßen werden besser instand gehalten.

Nach langjährigen Diskussionen sind endlich erste sichtbare Maßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsituation für die Marburger Schulen erfolgt, beispielsweise durch die Einführung von Fahrradstraßen. Die Einführung von Tempo 30 auf den als Schulwege genutzten Hauptverkehrsstraßen der Innenstadt war dazu ein folgerichtiger Schritt.

Gut leben in Marburg

Wir wollen Marburg auch in den nächsten Jahren zukunfts fest weiterentwickeln und die Lebensqualität erhöhen – mit neuen Ideen für die Verbesserung des Rad- und Autoverkehrs sowie für Fußgänger*innen, für den Wohnungsbau, den Klimaschutz und die Klimaanpassung.

In Zukunft wird in Neubaugebieten der Anteil der Sozialwohnungen steigen, weil die Sozialwohnungsquote erhöht wurde. Die Kinderbetreuung erfüllt trotz der schwierigen Haushaltsentwicklung weiterhin hohe Standards. Diese hohe Qualität wollen wir

sichern und – wo nötig – weiter verbessern, etwa durch gute Personalausstattung, attraktive Räume und verlässliche Öffnungszeiten.

Überlegt wirtschaften und Demokratie stärken

Zur Bewältigung des hohen, in Marburg viel zu spät erkannten Haushaltsdefizits werden wir den überfälligen Gesamtplan für die Konsolidierung auf den Weg bringen. Dabei werden wir genau darauf achten, dass Politik und Verwaltung kritisch ihre eigenen Ausgaben durchforsten. Bei den Entscheidungen zur Konsolidierung werden wir sozial benachteiligte Gruppen vor zusätzlichen Belastungen schützen und die Qualität der Kinderbetreuung und Schulen bewahren und verbessern.

Wir wollen die Vielfalt des kulturellen Lebens in Marburg erhalten und den freien Kulturträgern eine sichere Zukunft ermöglichen. Und wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der Zusammenhalt und die demokratische Kultur in unserer Stadt gestärkt werden, damit Rechtsextremismus in Marburg keine Chance hat!

Für ein grünes Marburg

Wir Marburger GRÜNE stehen für eine soziale und ökologische Politik. Wir haben in den vergangenen Jahren wichtige Fortschritte für Marburg erreicht und werden auch in den bevorstehenden Zeiten knapper Kassen diesen Kurs beibehalten. Deshalb bitten wir bei den Kommunalwahlen in Hessen am 15. März 2026 um Ihre und Eure Stimme für eine klimafreundliche, nachhaltig wirtschaftende und sozial gerechte Politik in Marburg.

Die Kommunalwahl ist mehr als ein Kreuz auf dem Stimmzettel – sie entscheidet darüber, wie unsere Stadt in den nächsten Jahren gestaltet wird.

Unsere wichtigsten Ziele:

- Marburg klimafreundlich und kostengünstig mit Sonnen- und Windenergie versorgen
- den öffentlichen Nahverkehr weiter ausbauen und Lärm sowie Abgase verringern
- sichere Schulwege und bessere Bedingungen für Rad- und Fußverkehr schaffen
- mehr bezahlbaren Wohnraum und hochwertige Kinderbetreuung sichern
- den städtischen Haushalt solide und sozial gerecht konsolidieren
- die kulturelle Vielfalt bewahren und freie Kulturträger unterstützen
- Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

- Rechtsextremismus klar entgegentreten
- Marburg als lebenswerte, soziale und ökologische Stadt weiterentwickeln

2. DEMOKRATIE UND MITEINANDER IN MARBURG STÄRKEN

Demokratie vor Ort fördern

Für uns GRÜNE in Marburg ist klar: Unsere Gesellschaft braucht eine lebendige und widerstandsfähige Demokratie, die von Mitbestimmung, Offenheit und dem konstruktiven Austausch aller Bürger*innen lebt. In einer Zeit, in der antidemokratische Denkmuster, Menschenfeindlichkeit und Hass zunehmen, unterstützen wir bewusst demokratische Strukturen und wollen diese weiter ausbauen. Vielfalt, eine engagierte Zivilgesellschaft und eine klare Haltung für demokratische Werte sind für uns ein wesentlicher Teil des Marburger Stadtbilds.

Wir spüren es trotzdem – auch in Marburg besteht die Gefahr, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt schwindet. Klimakrise, soziale Ungleichheiten und weiter zunehmendes polemisches und spalterisches Getöse von rechtsextremen Kräften tragen zur Verunsicherung der Menschen bei und schwächen gezielt unsere Demokratie und unsere Gemeinschaft.

Deshalb ist es wichtig, eine lokale Gemeinschaft zu stützen, die Verbundenheit schafft. Der Austausch, die gegenseitige Hilfe und die Vernetzung in einem Stadtteil sind dabei von zentraler Bedeutung und können zum Beispiel durch die Nutzung von Apps, wie sie bereits in einigen Stadtteilen erfolgreich angewendet werden, unterstützt werden. Diese Strukturen müssen gefördert werden. Dabei wollen wir besonders jungen Menschen zuhören und ihnen in demokratischen Prozessen mehr Gewicht geben.

Nachbarschaftsinitiativen und Stadtteilprojekte, die Gemeinwesenarbeit betreiben, tragen zum sozialen Zusammenhalt vor Ort bei. Ehrenamtliches Engagement aller Art – in Vereinen, im Ortsbeirat, im Kinder- und Jugendparlament – stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gräbt dem Populismus das Wasser ab. Dieses Engagement verdient besondere Anerkennung und sollte entsprechend gefördert werden.

Transparente und verständliche Stadtpolitik

Das Vertrauen in die Kommunalpolitik ist in den letzten Jahren gesunken. In vielen Stadtparlamenten tritt die polarisierende Zuspitzung immer mehr an die Stelle des sachlichen Ringens um gute Lösungen. Dieser Trend wird insbesondere durch immer stärkere und radikalere rechtsextreme Kräfte gefördert. Die sozialen Medien erleichtern es, durch Lügen, tendenziöse Darstellungen und das Schüren von Hass das Vertrauen in

die Kommunalpolitik zu schwächen.

Wir werden in der Stadtverordnetenversammlung dafür eintreten, dass alle demokratischen Parteien sich dieser Entwicklung gemeinsam entgegenstellen. Bürgerinnen und Bürger sollen sehen, dass sich die von ihnen gewählten Vertreter*innen ernsthaft um Verbesserungen in der Stadt bemühen und dabei die verschiedenen Aspekte der oft schwierigen Entscheidungen sorgfältig abwägen. Nur so können wir verhindern, dass Menschen sich vermeintlich einfachen und populistischen Angeboten zuwenden.

Um das Vertrauen in die Politik zu stärken, wollen wir jeden Tag spürbar machen, dass Demokratie ein großer Gewinn für uns alle ist. Dazu braucht es Politikerinnen und Politiker, die mit gutem Beispiel vorangehen – auch und vor allem im Alltag. Das bedeutet, dass wir politische Entscheidungsprozesse so transparent wie möglich machen müssen, damit sie für alle nachvollziehbar werden. Gerade schwierige Entscheidungen müssen besser erklärt werden, damit sie verstanden und – auch bei unterschiedlicher Bewertung – respektiert werden können.

Das Netzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus hat in den vergangenen Monaten einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der demokratischen Gesellschaft geleistet. Die Gefahren für unsere demokratische Gesellschaft durch die rechtsextreme AfD und andere Gruppierungen werden wir gemeinsam bekämpfen. Das Netzwerk ist ein breites Bündnis der Marburger Zivilgesellschaft für Demokratie und wird von uns GRÜNEN weiterhin unterstützt.

Demokratie und Miteinander - unsere wichtigsten Vorhaben:

- Nachbarschaftsinitiativen, Stadtteilarbeit und Gemeinwesenprojekte stärken
- Ehrenamtliches Engagement besser unterstützen und Fortbildungen ermöglichen
- Kinder- und Jugendparlament, Stadtschülerrat und junge Beteiligung ausbauen
- die Freiwilligenagentur als Anlaufstelle für Engagierte weiter fördern
- den Ausländerbeirat und die Ortsbeiräte in ihrer Arbeit stärken
- Sitzungen des Stadtparlaments live übertragen und Unterlagen leichter zugänglich machen
- städtische Entscheidungen verständlich begründen und aktiv erläutern
- regelmäßige Sprechstunden von Dezernent*innen und Fachbereichsleitungen einrichten
- Beteiligungsformate als echte Dialogräume gestalten, in denen Entscheidungen veränderbar sind

- Bund und Land auffordern, ein Verbotsverfahren gegen die rechtsextremistische AfD zu prüfen
- Das Netzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus stärken

3. BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN – ÖKOLOGISCH VERTRÄGLICH

Erfolge ausbauen

Marburg ist eine beliebte Stadt mit hoher Lebensqualität und einer starken Nachfrage nach Wohnraum. Wie in vielen anderen Universitätsstädten steigt auch hier das Niveau der Mieten, und der Wettbewerb um bezahlbaren Wohnraum verschärft sich.

In der vergangenen Wahlperiode ist es uns durch unsere politischen Initiativen gelungen, Sozialwohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen neu zu bauen und durch Modernisierungen Wohnungen wieder in die Sozialbindung zu führen. Dafür wurde das Förderprogramm „Sozialer Energiebonus“ eingeführt, das die soziale Komponente beim Klimaschutz stärkt. Durch Dachaufstockungen wurde zusätzlicher Flächenverbrauch vermieden. Gemeinschaftliche Wohnprojekte werden unterstützt. Die Versorgung von obdachlosen Menschen mit Wohnraum ist in den vergangenen drei Jahren verbessert worden.

Weitere umfangreiche Bauflächenentwicklungen – wie das Temmler-Areal zwischen Südbahnhof und Cappeler Straße – werden vorangetrieben und dabei der Flächenverbrauch und die Belastung für Umwelt und Natur gering gehalten. Bei Bauvorhaben mit mehr als zehn Wohneinheiten müssen in Marburg inzwischen 30 % der Wohnungen als Sozialwohnungen erstellt werden.

Wohnraum sichern: sozial, bezahlbar, ökologisch

Unser Ziel ist eine soziale und innovative Wohnraumpolitik, die bezahlbares, bedarfsgerechtes und nachhaltiges Wohnen in unserer Stadt sichert. Dabei orientieren wir uns an Städten, die mutig vorangehen, beispielsweise Wien. Nur durch preiswerten Mietwohnraum lässt sich ein Marburg garantieren, das sich jede und jeder leisten kann.

Wir wollen die Mietentwicklung in der Innenstadt bremsen und in der Kernstadt wie in den Außenstadtteilen das niedrigere Mietniveau stabilisieren. Dabei sollen die soziale Durchmischung in unseren Quartieren und Stadtteilen und eine gute Begrünung sichergestellt werden.

Wie wir das erreichen wollen

Die Schaffung von Sozialwohnungen in Neubaugebieten soll weitergeführt werden; dabei muss sichergestellt werden, dass auch ausreichend große Wohnungen für Familien entstehen. Gleichzeitig müssen preiswerte Wohnungen für Haushalte mit

mittlerem Einkommen neu geschaffen und erhalten werden.

Die vorhandenen Bauflächen sollen gezielt für Alleinerziehende und Familien mit Kindern, junge Wissenschaftler*innen, Angestellte und Arbeiter*innen genutzt werden, deren Einkommen knapp oberhalb der Grenze für Sozialwohnungen liegt. Auch Studierende sollen – etwa in Wohngemeinschaften – von diesen zusätzlichen Angeboten profitieren.

Ebenso müssen die Bedürfnisse von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden. In Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften müssen für diese Gruppen geeignete Wohnungen geschaffen werden – eine Aufgabe, die in der vergangenen Wahlperiode noch zu kurz gekommen ist.

Dafür braucht es eine starke kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die wirtschaftlich gesund ist, preiswerten Wohnraum anbietet und die Modernisierung der Wohnungen energieeffizient und klimafreundlich weiter ausbaut.

Fairer Wohnraum statt Ferienwohnungen

Es sind Anstrengungen erforderlich, um vorhandenen, aber nicht genutzten Wohnraum wieder für den Wohnungsmarkt verfügbar zu machen. Auch die Zweckentfremdung von Wohnraum, zum Beispiel durch die Vermietung ganzer Wohneinheiten an Tourist*innen, wollen wir eindämmen. Die Anwendung dafür geeigneter rechtlicher Instrumente (z. B. Ferienwohnungssatzung) wollen wir prüfen.

Für wohnungslose Menschen müssen Unterkünfte und Hilfsangebote zur Verfügung stehen.

In den vergangenen Jahren ist eine Vielzahl von ehrenamtlichen und kommunalen Beratungsangeboten entstanden, die teilweise unabhängig voneinander bei der Wohnungssuche unterstützen. Diese Angebote sollen im Interesse aller Wohnungssuchenden besser koordiniert und bekannter gemacht werden. Das soll auch dazu beitragen, Mieter*innen über die Möglichkeiten der Mietpreisbremse zu informieren und sie in der Nutzung zu stärken.

Bezahlbarer Wohnraum – so kann es gehen:

- mehr Sozialwohnungen schaffen und die Sozialwohnungsquote konsequent umsetzen
- bezahlbaren Wohnraum für mittlere Einkommen sichern und ausbauen
- gezielt Wohnraum für Familien, Alleinerziehende, Studierende, ältere und

behinderte Menschen schaffen

- die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums unterstützen und energetische Sanierung sozial gerecht gestalten
- Leerstand verringern und Zweckentfremdung von Wohnraum – etwa als Ferienwohnung – begrenzen
- die Versorgung obdachloser Menschen mit Wohnraum, Unterkünften und Begleitung verbessern
- neuen Wohnraum mit geringem Flächenverbrauch und guter Begrünung planen
- die Mietentwicklung in der Innenstadt bremsen und in den Stadtteilen stabilisieren

4 . BILDUNG, SCHULE UND KITA – MODERN, GERECHT UND ZUKUNFTSFÄHIG

Marburg als Bildungsstadt

Marburg ist das Bildungszentrum im Landkreis – mit 23 Schulen, 57 Kitas und Krippen und einer international bedeutenden Universität. Schon jetzt gilt die Stadt als Vorreiterin in Hessen: Kaum eine andere Kommune hat eine vergleichbare Angebotsvielfalt von der Kinderbetreuung bis zur Hochschule. Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Beeinträchtigungen bestmögliche Chancen zu eröffnen. Bildung heißt für uns auch: demokratische Teilhabe, ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit.

Die Herausforderungen der letzten Jahre haben gerade bei Kindern und Jugendlichen tiefe Spuren hinterlassen. Die psychische Belastung nimmt zu, immer mehr junge Menschen erleben ihre Lebensqualität als eingeschränkt. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar! Unsere Aufgabe ist es, dort gezielt Unterstützung und Förderung zu organisieren, wo wir als Kommune gefordert sind.

Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es notwendig, in unsere Zukunft zu investieren. Für uns ist klar: Wir brauchen jetzt Investitionen in die Orte der Zukunft – unsere Kitas und Schulen.

Starke Jugendpolitik für alle Kinder und Jugendlichen

Wir wollen dem Mangel an Räumen für Jugendliche begegnen. Jugendliche brauchen offene, selbstverwaltete Räume ohne Konsumzwang und die Möglichkeit, sich unbehelligt im öffentlichen Raum zu treffen. Wir suchen weiter nach neuen Wegen der Kommunikation mit Jugendlichen – in Schulen, im öffentlichen Raum, auf Sportplätzen und online.

Wir wollen allen Jugendlichen die Teilhabe an Bildungsangeboten und den Projekten der Kinder- und Jugendhilfe ermöglichen. Im Vordergrund steht, ihre Wünsche und Bedürfnisse ernst zu nehmen und Vorhaben möglichst gemeinsam umzusetzen.

Die sozialpädagogische Arbeit in Schulen stärken wir in Kooperation mit den freien Trägern der Jugendhilfe. Wir setzen weiterhin auf die Arbeit von Streetworker*innen, die gemeinsam mit jungen Menschen neue Projekte entwickeln.

Wir fördern das Kinder- und Jugendparlament als wichtige Stimme junger Menschen in unserer Stadt. Der neu gegründete Stadtschülerrat ist für uns ebenfalls ein wichtiges

Gremium, das wir stärken wollen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen beim Aufwachsen unterstützt werden, besonders jene, die durch Herkunft, Einkommen, Geschlecht oder Behinderung benachteiligt sind. Unser Ziel ist eine kinder- und familienfreundliche Kommune mit guten Lebens- und Entwicklungsbedingungen.

Bildung für Klima, Zukunft und Demokratie

Marburg hat erfolgreich Umwelt- und Klimaprojekte in Bildungseinrichtungen etabliert. Wir wollen diese weiterentwickeln und fest verankern – zum Beispiel mit mobilen „KlimaKisten“ für Schulen und Kitas, die Experimente, Bausätze und Materialien für praktische Umwelt- und Klimabildung enthalten. Kinder und Jugendliche lernen so selbstwirksam, wie Klimaschutz funktionieren kann – etwa beim Anlegen eines Hochbeets oder beim Bau eines kleinen Solarkreislaufs.

Angebote zur politischen Bildung sollen ein fester Bestandteil der Ganztagsprogramme werden, um Demokratieverständnis und Mitbestimmung von Anfang an zu stärken. Wir setzen dabei auf Kooperationen mit Vereinen, Kulturinitiativen und der Universität. Studierende der Erziehungswissenschaften könnten sich zum Beispiel im Ganztagsangebot einbringen – zur Entlastung der Einrichtungen und zur Nutzung vorhandener Fachkenntnisse.

Gute Kita für jedes Kind

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Schon im fröhlichkindlichen Alter werden Kinder durch ihre Umgebung entscheidend geprägt. Krippe und Kindertagesstätte sind die ersten Lern- und Erfahrungsorte außerhalb der Familie. Wir wollen Kitas als Orte der Bildung weiter stärken. Die inklusive Bildung im fröhlichkindlichen Bereich ist dabei kein „Nice-to-have“, sondern selbstverständlich.

Wir wollen weiter daran arbeiten, dass alle Kinder in Marburg eine Krippe oder Kita besuchen können – insbesondere auch Kinder aus Kriegs- und Krisengebieten. Ebenso wichtig ist uns die nachhaltige Unterstützung und Weiterqualifizierung von Tagespflegepersonen. Auch die Tagespflege braucht eine verlässliche und langfristige Unterstützung.

Spezielle Einrichtungen wie Waldkindergärten, die Grüne Schule im neuen Botanischen Garten und das Bildungshaus am Teufelsgraben sind wichtige Impulsgeber für eine naturnahe Erziehung und leisten einen großen Beitrag dazu, dass Kinder einen wertschätzenden Umgang mit der Natur lernen.

Grüne und gesunde Lernräume

Viele Schulgebäude und Kitagelände in Marburg sind bereits grün, lebendig und zukunftsorientiert gestaltet. Diesen Weg wollen wir systematisch fortsetzen. Begrünte Fassaden, schattige Plätze, entsiegelte Flächen und Überdachungen schaffen Orte mit hoher Aufenthaltsqualität und Hitzeschutz. „Essbare Schulhöfe“ mit Kräuterbeeten, Obstbäumen und Blumenbeeten verbinden gesunde Ernährung mit Umweltbildung.

Bei der Neu- oder Weiterentwicklung dieser Lernräume wollen wir Kinder und Jugendliche aktiv einbeziehen. Beim Essen in den Schulen und Kitas setzen wir auf mehr regionale, saisonale sowie vegetarische und vegane Angebote. Kooperationen mit der Marburger Tafel und Foodsharing-Initiativen können helfen, Lebensmittelverschwendungen zu reduzieren und den Wert von Lebensmitteln bewusst zu machen.

Öffentliche Spielplätze sollen bei Erneuerungen zu vielfältigen, naturnahen und inklusiven Spielräumen ausgebaut werden. Bei Planung und Erneuerung von Spiel- und Bolzplätzen setzen wir konsequent auf die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern. Außerschulische Lernorte wollen wir weiterhin unterstützen und aktiv einbinden. Die Zusammenarbeit mit Sportvereinen soll ausgebaut werden, um ein bewegungsförderndes Ganztagsangebot in den Schulen zu ermöglichen.

Gute Bildung braucht starke Schulen

Schulen brauchen einen verlässlichen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, auch in finanziell angespannten Zeiten ihren Bildungsauftrag zu erfüllen. Eine Schlüsselrolle für mehr Bildungsgerechtigkeit nimmt die Ganztagschule ein. Sie ermöglicht mehr soziale Teilhabe, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien oder mit Zuwanderungsgeschichte. Einrichtungen mit Ganztagsangeboten wollen wir gezielt unterstützen und stärken.

Ab 2027 besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. Das stellt Kommunen vor große – auch finanzielle – Herausforderungen. Marburg ist hier auf einem guten Weg, den wir weiter voranbringen wollen. Gemeinsam mit freien Trägern, Vereinen und der Stadt soll ein vielfältiges Netzwerk von Angeboten entstehen, das auch außerhalb klassischer Schulstrukturen Kinder und Jugendliche stärkt.

Gleichzeitig brauchen wir dringend Investitionen in die Schulgebäude unserer Stadt. Das Bildungsbauprogramm („BiBaP“) bleibt bisher deutlich hinter den Erwartungen zurück. Wir setzen uns für eine bessere Ausstattung und zügige Umsetzung ein.

Wir fördern inklusive Angebote und die Zusammenarbeit zwischen allgemeinbildenden

Schulen und Förderschulen. In Schulen als Orten der Vielfalt gehören rassismuskritische und diversitätssensible Bildungsarbeit sowie Projekte wie der Girls' Day und Boys' Day selbstverständlich dazu.

Wir wollen gemeinsam mit Schulleitungen, Lehrkräften und Schüler*innen eine Strategie zur Digitalisierung entwickeln. Wir werden dabei die Chancen und Risiken der digitalen Welt berücksichtigen und eine reflektierte, verantwortungsvolle Nutzung digitaler Medien fördern. Moderne Technik und eine verlässliche Wartung gehören für uns selbstverständlich dazu.

Universität und Studierende – Forschung und Lehre auf höchstem Niveau

Die großen Neubauten der Philipps-Universität – sowohl auf den Lahnbergen als auch in der Innenstadt – zeigen deutlich, wie wichtig die Universität für Marburg ist. Auch Projekte wie der Neubau des Deutschen Sprachatlas oder der neuen Zentralbibliothek prägen das Stadtbild und stehen sinnbildlich für Marburg als Universitätsstadt.

Für uns GRÜNE ist es daher ein zentrales Anliegen, die Zusammenarbeit mit der Universität weiter zu stärken. Eine starke Universität ist für uns ein wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Stadtpolitik. Dafür braucht es regelmäßige Formen des Austauschs und verlässliche Kooperationen.

In den vergangenen Wahlperioden haben wir gemeinsam mit anderen Parteien die Situation der Beschäftigten am Universitätsklinikum immer wieder zum Thema gemacht. Wir werden auch weiterhin die Folgen der Privatisierung des Klinikums kritisch verfolgen und benennen. Genauso wichtig ist uns die Stärkung des medizinischen Fachbereichs und der Erhalt des Klinikums als Krankenhaus der regionalen Vollversorgung, der Spitzenmedizin und als universitärer Ort der Ausbildung und Lehre.

Die Attraktivität des Studienorts Marburg hängt auch vom verfügbaren Wohnraum für Studierende ab. Deshalb wollen wir weiterhin Sozialwohnungen bauen und das Studentenwerk unterstützen, um mehr bezahlbaren studentischen Wohnraum zu schaffen.

Damit Universität und Stadt noch stärker voneinander profitieren, möchten wir die Zusammenarbeit weiter ausbauen. Mehr gegenseitige Transparenz bei Planungen und zusätzliche gemeinsame Projekte sollen dazu beitragen, dass Studierende die Stadt besser kennenlernen und die langjährigen Einwohner*innen die Vielfalt der Universität noch stärker wahrnehmen.

Bildung, Kita, Schule und Hochschule – unsere Ziele:

- Ganztagsschule und Ganztagsbetreuung zügig und qualitätsvoll ausbauen
- Kitas, Schulen und Ganztagsangebote finanziell und personell stärken
- Kooperationen mit freien Trägern, außerschulischen Lernorten und (Sport-) Vereinen intensivieren
- benachteiligte Kinder und Jugendliche gezielt fördern und ihre Chancen verbessern
- Jugendbeteiligung über Kinder- und Jugendparlament sowie Stadtschülerrat stärken
- Umwelt-, Klima- und Demokratiebildung fest in Schulen und Kitas verankern
- inklusive, naturnahe und gesunde Lern- und Spielräume schaffen
- digitale Infrastruktur an Schulen verbessern und verlässlich warten
- Universität und Stadt enger vernetzen und Studierenden guten Wohnraum sichern
- das Universitätsklinikum als Ort der Versorgung, Forschung und Lehre stärken

5. NACHHALTIGE MOBILITÄT AUSBAUEN

Mobilität ganzheitlich denken

Eine zukunftsfähige Stadt muss Mobilität umfassend, sicher und klimafreundlich gestalten. In Marburg sollen die Wege und Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen berücksichtigt werden – ob Kinder, Studierende, Berufstätige, Menschen mit Behinderung oder ältere Menschen. Auch die Anforderungen von Gewerbe, Industrie und anderen Einrichtungen müssen in die Planung einfließen. Gleichzeitig wollen wir, dass es möglichst wenige Verkehrsunfälle gibt, die Luft in der Innenstadt sauberer wird und der Verkehrslärm abnimmt.

Durch eine deutliche Senkung der CO₂-Emissionen soll Marburg Schritt für Schritt zu einer klimafreundlichen Stadt werden. Dafür braucht es ein gut abgestimmtes Gesamtsystem für alle Verkehrsarten und alle Menschen, die sich in der Stadt bewegen.

Sicherheit geht vor

Wir GRÜNE wollen mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden, indem Auto-, Rad- und Fußverkehr möglichst gut voneinander getrennt werden. Wir wollen den Verkehrsfluss verbessern, zum Beispiel durch moderne Ampelanlagen, die sich automatisch an die Verkehrssituation anpassen. Die Straßen und Wege sollen regelmäßig und verlässlich instand gehalten werden, und über den Stand der Arbeiten soll transparent informiert werden.

Neue Technologien wie selbst fahrende Fahrzeuge sollen als Chance genutzt werden. Außerdem soll die Mobilität über die Stadtgrenzen hinaus enger mit der Region verknüpft werden. Wir wollen Mobilitätsstationen schaffen, die wettergeschützte Wartebereiche, sichere Fahrradabstellanlagen, Ausleihmöglichkeiten für Mieträder und Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge bieten – besonders auch in den Stadtteilzentren. Radverbindungen sollen durchgängig und ohne störende Unterbrechungen verlaufen.

Barrierefrei durch den Verkehr

Die Barrierefreiheit muss spürbar verbessert werden, etwa durch abgesenkte Bordsteine oder Leitstreifen für Menschen mit Sehbehinderung. Elektromobilität, gemeinschaftlich genutzte Autos und gut erreichbare Lademöglichkeiten sollen stärker gefördert werden, gerade auch in den Außenstadtteilen.

Das von ehrenamtlich Engagierten initiierte Bürger*innen-Carsharing in den

Marburger Außenstadtteilen – zurzeit in Ginseldorf, Moischt, Bauerbach, Elnhausen/ Dagobertshausen und Michelbach – soll weiter ausgebaut werden. Die Förderung der verbindenden Buchungsplattform sollte durch die Stadt fortgesetzt und als Mobilitätsbaustein auch weiterentwickelt werden.

Die Mitfahr-App goFLUX, die das Bilden von Fahrgemeinschaften erleichtert, wollen wir bekannter machen. Außerdem sollen Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligt und nicht nur informiert werden.

Wichtige Arbeitsstandorte besser anbinden

Wichtige Arbeitsorte Marburgs – wie die Lahnberge und der Pharmastandort – müssen besser erreichbar sein. Dafür wollen wir sowohl die Busverbindungen als auch die Radwege deutlich verbessern, damit diese Standorte schneller und sicherer erreicht werden können und dadurch die Zufahrtsstraßen entlastet werden.

Wir wollen zudem offen prüfen, ob eine Seilbahn, die in das bestehende Busnetz eingebunden wäre, eine sinnvolle zusätzliche Möglichkeit zur Anbindung dieser Standorte sein könnte. Maßnahmen wie der Allnatalweg oder der Behring-Tunnel lehnen wir ab, da sie keine geeigneten Lösungen darstellen.

Innenstadt von Lärm und Abgasen entlasten

Die Lebensqualität der Menschen, die in der Innenstadt wohnen, muss weiter verbessert werden. Dafür wollen wir sichere Fahrradwege für Schulkinder schaffen und dafür nötige Tempo-30-Zonen auch in den Stadtteilen einrichten. An passenden Stellen sollen verkehrsberuhigte Bereiche, Spielstraßen und Fahrradstraßen entstehen.

Der Autoverkehr in der Oberstadt – besonders in der Barfüßerstraße – soll durch eine optimierte Organisation des Lieferverkehrs reduziert werden. Bei der Neugestaltung von Straßen in Wohnbereichen, die stark von Hitze betroffen sind und wenig Bäume haben, müssen Parkplätze und Flächen für neue Bäume neu austariert werden, um das lokale Klima zu verbessern.

In neuen Wohngebieten wollen wir frühzeitig Quartiersparkhäuser einplanen. Ein Parkraumkonzept für die Kernstadt soll das Parken – auch für Einpendelnde – einfacher und planbarer machen.

Wir wollen uns außerdem dafür einsetzen, dass auf der Stadtautobahn dauerhaft Tempo 80 für Autos und Tempo 60 für Lastwagen gilt und dass entlang der B3 bessere Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Die Zukunft der Stadtautobahn soll offen diskutiert werden, auch bauliche Ideen wie eine Überbauung.

Den öffentlichen Nahverkehr stärken

Ein verlässlicher, klimafreundlicher und gut erreichbarer Nahverkehr ist einer der wichtigsten Bausteine nachhaltiger Mobilität! Wir wollen den beschlossenen Nahverkehrsplan zügig umsetzen, mit einem 15-Minuten-Takt in der Innenstadt, einem 30-Minuten-Takt in den Außenstadtteilen und einem neuen Ringbusverkehr für die östlichen und westlichen Stadtteile. Neue bedarfsorientierte Verbindungen („Rufbusse“) sollen geprüft und bei Eignung eingeführt werden. Die Stadtwerke sollen weiterhin moderne E-Busse mit geeigneten Fahrzeuggrößen anschaffen.

Wir wollen einen Verkehrsversuch für kostenlosen Nahverkehr von den Bahnhöfen zur Altstadt. Park-und-Fahr-Anlagen (Park&Ride) etwa an der alten Universitätsbibliothek oder in Bahnhofsnähe sollen ein gemeinsames Ticket für Parken und Bus bieten.

Mit dem Bus unterwegs

Die Buslinien sollen sich in der Innenstadt besser überschneiden und zeitlich auf die Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Züge abgestimmt werden. Für schnelle Verbindungen zwischen großen Stadtteilen und dem Zentrum, wie zwischen Cappel, Wehrda und der Innenstadt, bieten sich die B3 und andere direkte Routen an.

Der Nahverkehr muss barrierefrei sein: mehr Platz für Kinderwagen, Rollatoren und Fahrräder, größere Mehrzweckbereiche in Bussen und eine gute Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern – besonders auf die Lahnberge und in den Stadtwald. Haltestellen sollen wettergeschützt, barrierefrei und mit sicheren Fahrradabstellanlagen ausgestattet werden. Wir wollen einen Nachtbusverkehr an Wochenenden, der möglichst viele Stadtteile einbezieht. Nachts soll es zudem möglich sein, zwischen zwei Haltestellen auszusteigen, um den Weg nach Hause sicherer zu machen.

Wir setzen uns für die Fortführung der begonnenen Umstellung der städtischen Busflotte auf elektrisch angetriebene Busse ein.

Regional gut angebunden

Auch der Verkehr in der Region muss verbessert werden. Bus- und Bahnverbindungen zu den Nachbargemeinden sollen in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und dem RMV attraktiver werden. Der Zugverkehr zwischen Kassel und Frankfurt muss gestärkt werden, um Pendlerinnen und Pendlern entgegenzukommen.

Wir treten entschieden dafür ein, dass die Einschränkungen im Fernverkehr mit ICE und IC zurückgenommen werden – mindestens hin zu den früheren zweistündigen Halten in Marburg.

Wir setzen uns für ein S-Bahn-ähnliches Angebot für Mittelhessen ein, für zusätzliche Haltepunkte in Marburg und für die Untersuchung zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken wie der Salzböde- oder Ohmtalbahn. Die Obere Lahntalbahn soll bis Marburg-Süd ausgebaut werden, und die Burgwaldbahn soll häufiger bis Marburg durchgebunden werden.

Sichere Fußwege in der ganzen Stadt

Wir wollen die Wege für Fußgängerinnen und Fußgänger sicherer und attraktiver machen. Dafür sollen wichtige Wegeverbindungen verbessert und sichtbarer gestaltet werden – zum Beispiel durch eine sichere Querungsmöglichkeit am Firmeneiplatz.

Die Ampelschaltungen sollen modernisiert werden, damit Fußgängerinnen und Fußgänger häufiger und länger Grün haben. Bereiche wie „Am Grün“ oder die Querung von der Alten Universität zur Haltestelle Rudolphsplatz müssen dabei besonders berücksichtigt werden. Gehwege sollen ausreichend breit sein; dafür können auch Fahrstreifen oder Parkplätze angepasst werden. Mehr Sicherheit entsteht durch zusätzliche Geländer, Markierungen auf Treppenstufen und glatte Oberflächen, die Menschen mit Rollstuhl, Rollator oder Kinderwagen das Vorankommen erleichtern. Orientierungssysteme und Bodenleitstreifen für Menschen mit Sehbehinderung sollen weiter ausgebaut werden.

Begrünung soll Hitze mindern, und es sollen Sitzgelegenheiten geschaffen werden. Stellen, an denen sich Rad- und Fußverkehr kreuzen, sollen entschärft werden – etwa in der Wilhelmstraße oder an der Ampel gegenüber dem Oberstadtaufzug.

Radverkehr mit Nachdruck fördern

Wir wollen die Fahrradfreundlichkeit der Stadt konsequent weiter voranbringen. Der bestehende Radverkehrsplan soll zügig umgesetzt werden. Eine sichere und gut beleuchtete Verbindung zwischen Innenstadt und den Lahnbergen ist besonders wichtig, ebenso ein gutes Radwegenetz auf dem Campus selbst.

Wir setzen uns für durchgängige Radwege durch das Stadtzentrum ein, etwa über Pilgrimstein, Rudolphsplatz, Schulstraße, Wilhelmstraße bis zum Schulzentrum.

Wir wollen zusätzliche Fahrradstraßen einführen und den Bau der Lahnbrücke zwischen Afföllerwiesen und Wehrdaer Weg voranbringen. Auch die Verbindung zwischen Lahnuferweg und Am Grün soll verbessert werden.

Das regionale Wegenetz für alltägliche Radwege – auch zu den Außenstadtteilen und zu den Standorten Marbach und Görzhausen – muss ausgebaut werden. Der

geplante Radschnellweg nach Gießen soll umgesetzt werden. Mehr Ampeln speziell für Radfahrende und moderne, per App gesteuerte Ampelanlagen sollen den Weg sicherer machen. Für mehr flüssigen Verkehr sollen Radfahrende an ausgewählten Stellen mit einem „Grünpfeil“ dauerhaft rechts abbiegen dürfen.

An vielen stark genutzten Orten sollen Fahrradparkhäuser entstehen – besonders am Hauptbahnhof, an Schulen und wichtigen Haltestellen. Das Netz aus Verleih- und Ladestationen für Elektrofahrräder soll wachsen. Die Mitnahme von Fahrrädern im Bus und in der Bahn soll verbessert werden. Stationen des Mietradsystems – auch für Lastenräder – sollen besser in das Stadtbild integriert werden. Auch Reparaturstationen sollen entlang vieler Radwege aufgebaut werden.

GRÜN durch den Verkehr:

- Mobilität sicher, klimafreundlich und für alle Menschen zugänglich gestalten
- Verkehrsarten besser voneinander trennen und Barrierefreiheit deutlich verbessern
- Arbeitsstandorte wie Lahnberge und Pharmastandort besser anbinden
- Innenstadt durch weniger Lärm, weniger Abgase und sichere Wege entlasten
- Nahverkehr stärken: häufigere Takte, bessere Buslinien, Nachtbus, Park&Ride, mehr Barrierefreiheit
- Fußwege sicherer machen: breite Gehwege, bessere Ampeln, sichere Querungen
- Radverkehr umfassend fördern: durchgängige Radwege, Fahrradstraßen, neue Brücken, Fahrradparkhäuser
- Elektromobilität, Carsharing und Mitfahrangebote weiter ausbauen
- Verkehrslärm reduzieren und Hitze in Wohnvierteln durch Begrünung verringern

6. SOZIALE POLITIK FÜR MARBURG

Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen

Viele Menschen in Marburg haben Schwierigkeiten, ihre Ausgaben von Monat zu Monat zu decken. Dazu gehören vor allem Auszubildende und Studierende mit niedrigen BAföG-Sätzen oder geringen Unterstützungsleistungen ihrer Eltern, arbeitslose Menschen, die auf Bürgergeld oder die neue Grundsicherung angewiesen sind, Alleinerziehende mit ihren Kindern sowie Geflüchtete, die noch keine Arbeitserlaubnis haben.

Diesen Menschen gelten unser Mitgefühl und unsere Solidarität!

Der MarburgPass bietet ihnen Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr, bei Bildungsangeboten, in der Stadtbücherei, im Kino, im Schwimmbad sowie bei kulturellen und therapeutischen Angeboten. Auch bei Kinderbetreuungsgebühren erhalten sie – und Familien mit mehreren kleinen Kindern – deutliche Ermäßigungen. All dies soll ihnen die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, die ihnen sonst verschlossen bliebe. Wir GRÜNE wollen den MarburgPass als zentrales Instrument zur Unterstützung benachteiligter Menschen erhalten und die damit verbundenen Vorteile weiter ausbauen.

Gleichzeitig ist es wichtig, Menschen ohne Arbeit durch Weiterbildungen, Praktika und andere Angebote den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Jugendliche, die ohne Abschluss die Schule verlassen oder ihre Ausbildung abbrechen, benötigen besondere Unterstützung – bestehende Ansätze wollen wir weiter stärken und ausbauen. Auch die Marburger Tafel wollen wir weiterhin unterstützen, damit niemand in unserer Stadt hungern muss.

Wohnraum sichern – Wohnungslosigkeit verhindern

Steigende Mieten bedeuten für immer mehr Menschen in Marburg die Gefahr, ihre Wohnung zu verlieren. Hinzu kommen persönliche Krisen wie eine Suchterkrankung, die Trennung vom Partner oder der Partnerin, eine Räumungsklage oder der Verlust des Arbeitsplatzes. Viele Menschen geraten dadurch jedes Jahr in die Wohnungslosigkeit.

Für uns GRÜNE ist klar: Der beste Schutz vor Wohnungslosigkeit ist bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in Marburg. Deshalb haben wir eine hohe Quote für sozialen Wohnungsbau festgelegt, um den Mangel an günstigen Wohnungen nach und nach abzubauen.

Gleichzeitig müssen ausreichend Unterkünfte und sichere Aufenthaltsorte für wohnungslose Menschen zur Verfügung stehen. Dazu gehört auch eine gute Beratung, die ihnen hilft, wieder Arbeit aufzunehmen und erneut eine eigene Wohnung zu finden.

Unsere Forderungen umfassen unter anderem die Ausweitung der Vergünstigungen beim MarburgPass, die Unterstützung der Marburger Tafel, den Bau zusätzlicher Sozialwohnungen – besonders für Familien – und den Ausbau von Unterkünften sowie flexibel nutzbaren Wohnungen für die zeitweise Unterbringung wohnungsloser Menschen. Hilfe- und Beratungsangebote wollen wir durch aufsuchende Sozialarbeit erweitern, ebenso wie den verlässlichen Schutz vor Kälte im Winter.

Wir setzen uns zudem für eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Trägern ein, die Unterkünfte aus- oder umbauen und Menschen auf dem Weg zurück in Arbeit und Wohnung unterstützen.

Gesundheitsförderung in den Stadtquartieren stärken

Im Bereich der Gesundheitsförderung gibt es in Marburg noch viel zu tun. Krankheiten sollen möglichst gar nicht erst entstehen. Dafür brauchen wir Lebensbedingungen, die gesund halten: saubere Luft, weniger Lärm, sichere und gut gestaltete Wege für Rad und Fuß, sowie mehr Bäume, Grünflächen und Aufenthaltsflächen im Freien. In Kitas und Schulen sollte mehr Wert darauf gelegt werden, Kindern Freude an Bewegung, Sport und gesunder Ernährung zu vermitteln.

Ein großes Problem ist die zunehmende Einsamkeit in allen Altersgruppen – unter anderem, weil viele soziale Kontakte nur noch digital stattfinden und mehr Menschen alleine wohnen. Wir möchten deshalb in Marburg viele „Plauderbänke“ einrichten, die ausdrücklich zum Miteinanderreden einladen. Zusätzlich sollen an zentralen Orten neue Boule-Bahnen entstehen, damit Menschen leichter miteinander in Kontakt kommen.

Gesundes und zufriedenes Leben im Alter fördern

Der demografische Wandel ist spürbar: Immer mehr Menschen aus der Generation der „Babyboomer“ gehen in Rente. Ältere Menschen sollen dabei unterstützt werden, möglichst lange gesund zu bleiben und nicht pflegebedürftig zu werden, und ihnen damit Lebensqualität zu erhalten.

Bewegung und soziale Kontakte sind im Alter besonders wichtig, um Krankheiten und Pflegebedürftigkeit vorzubeugen. Deshalb sollten ältere Menschen gezielt Angebote für freiwilliges Engagement bekommen. Das tut ihnen selbst gut und stärkt gleichzeitig das gesellschaftliche Miteinander. Wir unterstützen deshalb die Arbeit der Freiwilligenagentur.

Wichtig sind aber auch für Rollatoren geeignete Fußwege sowie ausreichend Bänke zum Ausruhen und ein erweitertes Angebot der „Netten Toilette“ in der Stadt. Auch niedrigschwellige Betreuungsangebote und ehrenamtliche Alltagsbegleiter*innen sollen weiter gefördert werden.

Viele ältere Menschen wollen möglichst in der eigenen Wohnung und in der angestammten Umgebung leben, so lange dies irgend möglich ist. Das sollte die Stadt unterstützen, durch Beratung für altersgerechtes Umbauen, Angebote der Wohnraumversorgung und neue Wohnformen. In Marburg gibt es bereits gute Angebote in diesem Bereich: Die kommunal getragene Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH hat die zwei neuen Altenheime auf unsere Initiative im Hausgemeinschaftsmodell konzipiert und den ambulanten Dienst als wichtigen Pfeiler erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass in diesen Wohnheimen stationäre und ambulante Angebote künftig stärker zusammengeführt werden und die Vorteile beider Sektoren verknüpft werden. Ziel ist es, mit aktivierender und rehabilitativer Pflege den Gesundheitszustand aller Bewohnerinnen zu verbessern. Ein solches Modell hat sich in anderen Orten bereits bewährt.

Bessere Unterstützung bei psychischen Erkrankungen

Psychische Erkrankungen nehmen zu. Wir GRÜNE wollen erreichen, dass Menschen mit psychischen Problemen bessere Teilhabechancen im Alltag haben. Dafür braucht es mehr Verständnis für ihre Situation und einen besseren Umgang mit mentalen Belastungen.

Schon in Schulen sollten Schüler*innen und Eltern über seelische Gesundheit sprechen können. Ebenso wichtig sind gute und leicht erreichbare psychologische Unterstützungsangebote.

Freiberuflich tätige Hebammen unterstützen

Schwangere sollten frei entscheiden können, wo sie ihr Kind zur Welt bringen möchten – im Krankenhaus, zu Hause oder im Geburtshaus. Stark gestiegene Haftpflichtkosten erschweren jedoch den Beruf der freiberuflichen Hebammen.

Deshalb sehen wir Bund und Land weiterhin in der Pflicht, eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen, damit Hebammen gut arbeiten können und Frauen freie Wahlmöglichkeiten behalten. Solange dies nicht erfüllt ist, muss die Stadt Marburg freiberufliche Hebammen finanziell unterstützen.

Medizinische Angebote für Menschen ohne regulären Zugang zum Gesundheitssystem

Marburg hat eine lange soziale Tradition. Deshalb sollen auch weiterhin Menschen medizinische Hilfe bekommen, die keinen normalen Zugang zum Gesundheitssystem haben. Dazu gehört auch der Erhalt von Einrichtungen, in denen Menschen mit Suchterkrankungen sicher Drogen konsumieren können.

Willkommenskultur für Geflüchtete stärken

Als im Jahr 2015 viele Geflüchtete nach Deutschland und auch nach Marburg kamen, zeigten zahlreiche Marburgerinnen und Marburger eine große Hilfsbereitschaft. Sie spendeten Kleidung, halfen persönlich bei der Ankunft und trugen dazu bei, dass diese Menschen sich in der Stadt willkommen fühlten. Diese Haltung wurde von der Stadtregierung unterstützt und prägte viele Jahre das Stadtbild positiv.

Bei der Ankunft ukrainischer Kriegsflüchtlinge im Jahr 2022 fiel die Bereitschaft in der Bevölkerung, Geflüchtete zu unterstützen, deutlich geringer aus. Gleichzeitig werden Geflüchtete zunehmend durch abwertende Aussagen – nicht nur von der AfD, sondern auch von Vertreter*innen der Bundesregierung – zum Ziel von Vorurteilen gemacht. Dabei sind viele dieser Menschen vor Krieg, Gewalt, Hunger oder Unterdrückung geflohen und hoffen auf ein sicheres Leben in Deutschland.

Wir GRÜNE sagen klar: Diesen Menschen muss mit Respekt, Rücksicht und Mitmenschlichkeit begegnet werden – unabhängig davon, ob sie nach geltendem Recht dauerhaft bleiben dürfen. Wir widersprechen Aussagen, nach denen das Stadtbild „gestört“ sei, wenn sich Geflüchtete im öffentlichen Raum treffen. Viele von ihnen haben kein Geld, um sich in Cafés aufzuhalten, erhalten keine Sprachkurse und dürfen nicht arbeiten. Dadurch wird ihnen die Integration erschwert oder sogar unmöglich gemacht.

Unser Ziel ist es, die Willkommenskultur in Marburg wieder zu beleben. Die Stadt soll aktiv für Verständnis, Offenheit und Respekt werben. In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und der Universität wollen wir das Miteinander stärken, die Lebensbedingungen von Geflüchteten verbessern und ihnen bei einer schnellen Integration vor Ort helfen.

Marburg ist geprägt von einer weltoffenen Stadtgesellschaft, die Menschen aus vielen Ländern einschließt – darunter zahlreiche internationale Studierende und Fachkräfte. Dieses Potenzial muss aktiv genutzt werden.

Für ein soziales Miteinander wollen wir:

- den MarburgPass sichern und ausweiten, damit Menschen mit geringem Einkommen besser teilhaben können
- Weiterbildung, Praktika und Unterstützung für Arbeitslose und junge Menschen ohne Abschluss stärken
- die Marburger Tafel unterstützen – niemand soll hungrig bleiben
- mehr bezahlbare Wohnungen schaffen und Wohnungslosigkeit konsequent verhindern
- Unterkünfte, Beratungsangebote und Kälteschutz für wohnungslose Menschen ausbauen
- das Einbinden und die finanzielle Unterstützung von Zivilgesellschaftlichen Einrichtungen
- älteren Menschen die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten und aktiven Leben erhalten
- die Verbindung von ambulanter und stationärer Pflege in einem Altenheim einführen
- Unterstützung von freiberuflichen Hebammen, damit Schwangere Geburten zu Hause oder in Geburtshäusern durchführen können
- Medizinische Angebote für Menschen ohne regulären Zugang zum Gesundheitssystem schaffen
- Geflüchteten mit Respekt begegnen und Willkommenskultur in der Stadt neu beleben
- Zusammenarbeit mit Initiativen und der Universität zur besseren Integration Geflüchteter stärken

7. KLIMASCHUTZ UND LEBENSQUALITÄT FÜR MORGEN

Eine globale Verantwortung verlangt lokale Antworten

Vor zehn Jahren hat sich die Weltgemeinschaft in Paris verpflichtet, die Erwärmung der Erde auf deutlich unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad, zu begrenzen und dafür die Ausstöße klimaschädlicher Gase deutlich zu verringern. Heute zeigt sich jedoch klar, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen. Der jüngste Bericht der Vereinten Nationen sagt inzwischen eine katastrophale Erhitzung um 2,8 Grad bis 2100 voraus. Dürren, Waldbrände und häufigere Extremwetterereignisse werden damit weltweit und auch bei uns immer mehr zur Realität. Diese Entwicklungen bedrohen die Sicherheit und Gesundheit vieler Menschen – und sie werden sich weiter verschärfen, wenn wir nicht entschlossen handeln.

Wir GRÜNE wollen deshalb, dass die Stadt Marburg – die schon 2019 den Klimanotstand ausgerufen hat – konsequent an ihrem Ziel festhält, klimaneutral zu werden. Gleichzeitig muss die Stadt widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels werden, etwa gegenüber längeren Hitzeperioden, Starkregen oder anderen Wetterextremen. Unser Anspruch ist, Marburg so zu gestalten, dass alle Menschen hier geschützt leben können und dass die Stadt ihren Beitrag zur weltweiten Verantwortung leistet.

Umsetzbare Ziele setzen

Um Klimaneutralität zu erreichen, reicht es nicht aus, ehrgeizige Ziele zu formulieren. Wir brauchen klare und nachvollziehbare Wege, mit denen wir diese Ziele in realistischen Zeiträumen erreichen können. Für jeden Bereich, in dem Emissionen entstehen, müssen eigene Schritte und Maßnahmen entwickelt werden. Besonders wichtig ist dabei die Stadt selbst: ihre Gebäude, ihre Betriebe und alle Dienstleistungen. Für sie müssen verbindliche Maßnahmen zur Senkung der Emissionen festgelegt werden.

Eine klimafreundliche Stadt braucht zudem Gebäude, die wenig Energie verbrauchen und Wärme möglichst sparsam erzeugen. Gleichzeitig darf Wohnen nicht unbezahlbar werden. Unser Ziel ist, energetische Sanierungen sozial gerecht zu gestalten, Eigentümer*innen gut zu beraten und für das gesamte Stadtgebiet eine verlässliche Wärmeplanung bereitzustellen. Im Zuge dessen wollen wir alle Haushalte bestmöglich bei der Umstellung auf eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung unterstützen. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau hat dafür bereits einen konkreten Sanierungsplan vorgelegt. Die Stadtwerke arbeiten intensiv an ihrem Konzept, und auch für die städtischen Gebäude wurden erste Schritte eingeleitet. Diese

Pläne müssen nun konsequent weitergeführt und umgesetzt werden.

Energie aus Marburg und für Marburg

Um Marburg unabhängiger von fossilen Energien zu machen und die Energiewende vor Ort voranzubringen, setzen wir auf einen starken Ausbau erneuerbarer Energien. Die Stadtwerke, die Universität, das Klinikum und lokale Energiegenossenschaften sollen dabei eng zusammenarbeiten. So bleibt die Wertschöpfung in der Region, und viele Bürger*innen können aktiv an der Energiewende teilhaben.

Dazu gehören der Ausbau von Windkraftanlagen auf den Lahnbergen und die Unterstützung von Projekten, die die energieintensiven Standorte der Stadt mit erneuerbarem Strom versorgen sollen.

Durch den immer weiter wachsenden Einsatz von beispielsweise Wärmepumpen und Elektroautos wird der Bedarf an elektrischer Energie steigen. Hier wollen wir sicherstellen, dass die Stromnetze der Stadt dem veränderten Verbrauch entsprechend ausgebaut und ertüchtigt werden. Auch der Ausbau von Photovoltaik auf Freiflächen und privaten Dächern muss weiter vorangehen, ebenso wie der Aufbau von Speichersystemen für erneuerbaren Strom. Zudem soll der Umstieg der Stadtwerke auf eine klimafreundliche Elektrobus-Flotte unterstützt und der Ausbau von Balkonsolaranlagen für Haushalte mit geringem Einkommen gefördert werden.

Kühlen Kopf bewahren

Neben der Verringerung der Treibhausgase müssen wir Marburg auch an die Folgen des bereits spürbaren Klimawandels anpassen. Die Stadt muss widerstandsfähiger gegenüber zunehmender Hitze, Starkregen und anderen extremen Wetterlagen werden. Dafür braucht es mehr Grünflächen, mehr schattige Rückzugsorte, mehr öffentliche Trinkwasserspender und gezielte Unterstützung für Menschen, die besonders stark betroffen sind.

Grünflächen, Parks und Stadtwälder müssen erhalten und erweitert werden, damit sie Regenwasser aufnehmen und langsam wieder abgeben können. Das beugt Überflutungen vor und verbessert gleichzeitig das Stadtklima. Begrünte Dächer und Fassaden tragen zusätzlich zur Abkühlung bei und machen die Stadt insgesamt lebenswerter.

Brand- und Katastrophenschutz

Ein funktionierender Brand- und Katastrophenschutz ist wichtig für Marburg. Wir setzen uns dafür ein, dass das ehrenamtliche Engagement in der Feuerwehr und im Katastrophenschutz weiterhin unterstützt wird. Die Träger des Brand- und Katastrophenschutzes bei der Nachwuchsarbeit gefördert werden und eine ausreichende Ausstattung sichergestellt ist.

Unser Ziel ist ein Marburg, das seine Klimaziele erreicht, das Krisen standhält und das allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht.

Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt gehören für uns untrennbar zusammen!

So schaffen wir das:

- Marburg hält am Ziel der Klimaneutralität fest und übernimmt Verantwortung für den globalen Klimaschutz
- Konkrete, realistische Wege zur Senkung der Emissionen werden für alle Bereiche entwickelt
- Energetische Sanierungen sollen sozial gerecht gestaltet und durch eine verlässliche Wärmeplanung unterstützt werden
- Der Ausbau erneuerbarer Energien – besonders Windkraft und Solarenergie – wird stark vorangetrieben
- Bürger*innen sollen sich an Energieprojekten beteiligen können, regionale Wertschöpfung wird gestärkt
- Die Stadt wird widerstandsfähiger gegen Hitze, Starkregen und andere Wetterextreme
- Mehr Grünflächen, Trinkbrunnen und kühle Orte verbessern das Stadtklima
- Der Schutz besonders gefährdeter Menschen steht im Mittelpunkt der Klimafolgenanpassung
- ausreichende Ausstattung und Nachwuchsarbeit für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz sichern

8. UMWELT UND NATUR SCHÜTZEN

Nachhaltigkeit als Grundprinzip

Nachhaltigkeit gehört zum Kern GRÜNER Politik. Unser Ziel ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen für uns und kommende Generationen zu schützen und zu erhalten. Wasser, Boden, Luft und die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten sind heute auf vielfältige Weise bedroht und brauchen unseren entschlossenen Einsatz. Nur wenn wir diese Grundlagen sichern, erhalten wir die Lebensqualität in unserer Stadt.

Biologische Vielfalt erhalten und stärken

Die Krise der Artenvielfalt ist eines der dringendsten Umweltprobleme unserer Zeit. Das schnelle Verschwinden vieler Tier- und Pflanzenarten gefährdet nicht nur das ökologische Gleichgewicht, sondern beeinträchtigt auf Dauer auch unser eigenes Leben. Für Marburg bedeutet das, dass wir Lebensräume schützen, miteinander verbinden und ökologisch verbessern müssen. So kann ein stabiles und widerstandsfähiges Ökosystem entstehen, das auch künftigen Generationen zugutekommt.

Der Land- und Waldwirtschaft kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Deshalb sollen die Ausweisung von neuen Gewerbe- und Wohnungsbaulächen zu Lasten von land- und waldwirtschaftlich genutzte Flächen im Stadtgebiet vermieden und stattdessen bevorzugt Baulücken und bereits versiegelte Flächen für diese Zwecke genutzt werden. Die Stadt soll die Verwendung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Region fördern durch passende Ausschreibungen, faire Kostenstrukturen, Öffentlichkeitsarbeit und die Einbindung regionaler Produkte in Verpflegung und Veranstaltungen. Die stadteigenen Flächen – seien sie nun landwirtschaftlicher Natur oder Park- und Grünanlagen – sollen so bewirtschaftet werden, dass die biologische Vielfalt erhalten und gefördert wird.

Wir wollen, dass Renaturierungen an der Lahn und an ihren Nebenflüssen weitergeführt werden. Nach der „Schülerhecke/Soldatengraben“ sollen der „Heilige Grund“ und weitere wertvolle Naturräume als Schutzgebiete ausgewiesen werden, in denen seltene und gefährdete Arten Lebensraum finden. Die Pflege der alten Streuobstbestände im „Heiligen Grund“ soll weiterhin gesichert werden. Bereits heute ökologisch bedeutende Bereiche sollen durch gezielte Maßnahmen miteinander verbunden werden, damit Tiere und Pflanzen bessere Lebensbedingungen finden. Gleichzeitig steigert dies den Erholungswert unserer Landschaft für Spaziergänger*innen und Radfahrende.

Pflanzen und Tierwelt schützen

Zum Schutz gefährdeter Vogelarten wie Rotmilan und Schwarzstorch wollen wir geeignete Lebensräume in den dafür vorgesehenen Gebieten des Regionalplans verbessern. Auch städtische Parkanlagen sollen nach den Empfehlungen des „Bündnisses der Kommunen für die Biologische Vielfalt“, dem Marburg beigetreten ist, weiter ökologisch entwickelt werden.

Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass Bäume im Stadtgebiet durch lange Trockenheit geschädigt werden. Stadtbäume sollen deshalb gezielt und nachhaltig bewässert werden – ohne die Trinkwasserversorgung zu beeinträchtigen. Für Waldgebiete befürworten wir eine naturnahe Waldbewirtschaftung. Auch private Gärten spielen eine wichtige Rolle: Gemeinsam mit Hausbesitzer*innen und Kleingärtner*innen wollen wir innerstädtische Grünflächen aufwerten, damit sie Lebensraum für Pflanzen, Insekten und Kleintiere bieten. Zudem sollen Flächen, die künftig ohne großen Aufwand entsiegelt werden können, gezielt umgestaltet und wieder in naturnahe Bereiche verwandelt werden.

Trinkwasser schützen und sichern

Unsere Flüsse, Böden und das Grundwasser sind zunehmend mit Nitrat, Mikroplastik, langlebigen Schadstoffen wie PFAS und Medikamentenresten belastet. Längere Trockenperioden führen dazu, dass die Grundwasserstände sinken – auch in den Bereichen, aus denen Marburg sein Trinkwasser gewinnt. Dieser Trend macht deutlich, dass wir den sorgsamen Umgang mit Wasser stärker in den Mittelpunkt rücken müssen.

Die Stadt soll deshalb aktiv Vorsorge treffen, damit es langfristig nicht zu Engpässen kommt. Marburg muss seine Einflussmöglichkeiten im Vorstand des Zweckverbands Mittelhessische Wasserwerke weiterhin verantwortungsvoll nutzen. Neue mögliche Wasserquellen sollen frühzeitig untersucht und ihre Einzugsgebiete besonders vor Schadstoffen geschützt werden.

Die Kläranlage in Cappel soll um eine vierte Reinigungsstufe erweitert werden, damit Mikroplastik, Medikamentenreste und langlebige Schadstoffe zuverlässig herausgefiltert werden können. Ein verbessertes Abwassermanagement soll verhindern, dass Reifenabrieb bei Starkregen in die Lahn gespült wird. Außerdem wollen wir offenlegen, wo im Alltag sogenannte langlebige Schadstoffe – insbesondere PFAS – vorkommen, und aufzeigen, welche sichereren Alternativen es gibt.

Umweltschutzprojekte und lokale Initiativen stärken

Wir setzen auf lokale, kreative Lösungen, die Verschmutzungsquellen reduzieren und Umweltbelastungen abbauen. Dabei ist uns der Gedanke der Umweltgerechtigkeit wichtig: Alle Menschen sollen unabhängig von Einkommen oder Wohnlage gleichermaßen von einer sauberen und gesunden Umwelt profitieren.

Deshalb wollen wir die Umweltbildung stärken, freie Träger in diesem Bereich unterstützen und den ökologischen Landbau sowie gemeinschaftliche Vermarktungsstrukturen fördern. Auch Gruppen, die sich für gemeinwohlorientierte Wirtschaftswege oder solidarische Formen der Landnutzung einsetzen, sollen weiterhin Unterstützung erhalten.

Das ist wichtig:

- Schutz aller natürlichen Lebensgrundlagen: Wasser, Boden, Luft und Artenvielfalt
- Lebensräume schützen, vernetzen und ökologisch verbessern
- Renaturierungen an der Lahn fortsetzen und neue Schutzgebiete ausweisen
- Stadtbäume vor Schäden durch Trockenheit schützen und Gärten als Lebensräume stärken
- Umweltbildung, Ökolandbau und gemeinwohlorientierte Initiativen fördern
- Belastungen durch Nitrat, Mikroplastik, PFAS und Medikamentenreste deutlich reduzieren
- Trinkwasser langfristig sichern und Einzugsgebiete schützen
- Kläranlage Cappel um vierte Reinigungsstufe erweitern
- Schadstoffe wie Reifenabrieb in der Lahn verhindern

9 . HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG MIT KLAREN PRIORITYEN

Ausgangslage: Ein Haushalt unter starkem Druck

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Marburg haben in unserer wohlhabenden Stadt viele Vorzüge genossen, die vergleichbar große Städte nicht bieten konnten: Kostenlose Kindergärten, ein sehr reichhaltiges Kulturangebot, viele Freizeitattraktionen und mehr. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und speziell in Marburg hat sich nun verändert. Vieles wird nicht mehr so weitergeführt werden können wie bisher. Diese Änderungen werden leider auch Zumutungen schaffen, die unsere gesamte Stadtgesellschaft treffen werden.

Denn Marburg steht vor finanziell schwierigen Jahren. Die Stadt muss ihr jährliches Haushaltsdefizit von rund 55 Millionen Euro – also mehr als zehn Prozent der laufenden Ausgaben – in kurzer Zeit und dauerhaft abbauen. Das große Finanzpolster aus den Jahren 2021/22 schrumpft momentan sehr schnell und wird nach heutigem Stand bereits im Jahr 2027 vollständig aufgebraucht sein.

Marburgs Finanzprobleme sind teilweise durch Bund und Land entstanden, durch neue Gesetze, neue Anforderungen und mehr Bürokratie. Damit sind Mehrkosten entstanden, die zu Recht auch von anderen Kommunen beklagt werden. Die Stadt Marburg hat jedoch darüber hinaus – anders als andere Kommunen – im letzten Jahrzehnt eigenständig viele neue, zusätzliche Aktivitäten auf den Weg gebracht und dafür auch zahlreiche zusätzliche Personalstellen geschaffen. Schon 2017 hätte man gegensteuern müssen. Mit den „BioNTech-Millionen“ der Jahre 2021/22 ist dann das notwendige Sparen bei den laufenden Ausgaben aus dem Blick der Verantwortlichen geraten. Mit einer vorausschauenden Haushaltspolitik hätte die jetzt entstandene dramatische Situation wesentlich entschärft werden können.

Eine transparente Haushaltskonsolidierung muss die Fehler der vergangenen Jahre klar und deutlich benennen, um sie nicht mehr zu wiederholen. Maßgeblich verantwortlich für das Haushaltsdefizit ist die Ausweitung der städtischen Aktivitäten und damit auch des städtischen Personals - quer über alle Aufgabenbereiche. Diese Personal- und Aufgabenausweitung muss kritisch geprüft und wieder deutlich reduziert werden. Dabei müssen allerdings politische Schwerpunkte auch in Zukunft beachtet werden. Zudem muss in allen Bereichen geprüft werden, ob die Aufgaben effizienter erledigt werden können. Auch die Zuschüsse an zivilgesellschaftliche Initiativen, soziale und kulturelle Projekte sowie an freie Träger, die für die Stadt sozialpolitische Aufgaben übernehmen, sind gestiegen, aber deutlich geringer als die Personalkosten der Stadt. Und die Stadt

hat lange Jahre auf regelmäßige Gebührensteigerungen in vielen Bereichen verzichtet und die Gewerbesteuer sogar gesenkt.

Diese Entwicklungen müssen nun korrigiert werden. Erste Sparmaßnahmen und Einnahmesteigerungen sind bereits beschlossen, aber ein schlüssiges Gesamtkonzept für den Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt hat der Oberbürgermeister und Kämmerer bisher nicht vorgelegt. Für uns ist klar: Die Stadt muss vor allem ihre eigenen Aufgaben und die Personalstruktur kritisch unter die Lupe nehmen und modernisieren, um im Gegenzug freiwillige Leistungen zu sichern. Dazu gehören beispielsweise der MarburgPass, das Schwimmmbad und die Kulturförderung.

Offene und ehrliche Finanzpolitik statt Entscheidungen hinter verschlossenen Türen

Wir GRÜNE stehen für eine ehrliche, nachvollziehbare und nachhaltige Finanzpolitik. Das Vertrauen in demokratische Entscheidungen wird geschwächt, wenn wichtige Haushaltsfragen in nichtöffentlichen Gesprächsrunden geklärt werden. Solche Treffen erzeugen Misstrauen und Vorschub für Spekulationen. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger klar und verständlich informiert werden. Wir wollen Verantwortung dafür übernehmen, ein soziales, klimagerechtes und sicheres Konzept zur Haushaltskonsolidierung zu entwickeln und umzusetzen. Denn wenn nicht bald ein überzeugendes Konzept zur Haushaltsstabilisierung vorliegt, wird spätestens 2027 das Regierungspräsidium eingreifen. Das hätte zur Folge, dass vor allem die sogenannten „freiwilligen Leistungen“ – wie die Unterstützung sozialer und kultureller Projekte – drastisch gekürzt würden. Genau das wollen wir verhindern.

Sozial gerecht sparen – ohne die Realität schönzureden

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der notwendige Sparkurs offen, zügig und ohne Beschönigung umgesetzt wird. Die Menschen sollen gut über die Herausforderungen informiert sein und wissen, welche Entscheidungen bevorstehen. Dazu gehört auch, den Haushaltsplan deutlich verständlicher zu gestalten, als es bisher gemacht wurde.

Besonders wichtig ist uns, dass soziale und finanziell schwächere Gruppen nicht übermäßig belastet werden.

Wir wollen dafür sorgen, dass die vielen sozialen und kulturellen Einrichtungen in Marburg möglichst erhalten bleiben und ihre Aufgaben angemessen erledigen können. Zivilgesellschaftliche Institutionen, die viele sozialstaatliche Aufgaben besser und kostengünstiger bewältigen können als die Stadt, dürfen nicht Opfer einer falschen Haushaltspolitik werden. Gerade diese Angebote stehen durch einen möglichen Eingriff

des Regierungspräsidiums besonders unter Druck.

Nachdem die Stadt bereits höhere Gebühren und Steuern beschlossen hat, muss nun dringend ein klarer Gesamtplan folgen, der verbindliche Schritte und Fristen enthält. Ein solcher Plan erfordert eine konsequente Überprüfung aller Aufgaben der Stadt – verbunden mit klaren politischen Prioritäten.

Keine kostenlosen Dienstleistungen für den Landkreis

Die Universitätsstadt Marburg erbringt Verwaltungsleistungen, zu denen nicht sie, sondern der Landkreis gesetzlich originär verpflichtet ist:

- Leistungen nach dem SGB XII (Grundsicherung im Alter, Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe zur Pflege),
- Leistungen nach dem Wohngeldgesetz sowie
- Leistungen im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung einschließlich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die hierfür notwendigen Verwaltungsarbeiten leistet – ungeachtet der Zuständigkeit des Kreises – seit vielen Jahren die Stadt. Auf eine Kostenerstattung durch den Kreis, wie das bei den Sonderstatusstädten Gießen und Fulda praktiziert wird, hat die Stadt bisher verzichtet. Eine solche Kostenerstattung muss zügig vom Kreis eingefordert werden – es geht um mehrere Millionen. Andernfalls muss die Aufgabe formell an den Kreis zurückgegeben werden. Für die Bürgerinnen und Bürger bzw. die Geflüchteten ändert sich in beiden Fällen nichts, denn der Rechtsanspruch auf die sozialen Leistungen bleibt bestehen.

Schwerpunkte setzen – für ein handlungsfähiges Marburg

Ein finanziell handlungsfähiges Marburg bleibt attraktiv für Einwohnerinnen und Einwohner, für Unternehmen und für Beschäftigte. Deshalb müssen die verfügbaren Mittel dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden: bei der Kinderbetreuung, der Bildung, dem Klimaschutz, der sozialen Infrastruktur und einer lebendigen Kulturlandschaft.

Damit Entscheidungen gut gelingen, sollen Bürger*innen und Träger frühzeitig einbezogen und über geplante Einsparungen informiert werden. Wir werden mit Zuversicht die kommenden Herausforderungen angehen und möglichst sozial verträgliche Anpassungen vornehmen.

Kurz gefasst:

- Marburg muss ein Haushaltsdefizit von rund 55 Millionen. Euro pro Jahr zügig abbauen
- Das Finanzpolster ist spätestens 2027 aufgebraucht
- Klare, transparente und ehrliche Finanzpolitik statt nichtöffentlicher Runden
- Einsparungen sind unvermeidbar, sollen aber sozial gerecht erfolgen
- Freiwillige soziale und kulturelle Angebote sollen vor drastischen Kürzungen geschützt werden
- Haushaltsplan muss deutlich verständlicher werden
- Ein Gesamtplan mit klaren Zeitvorgaben ist dringend notwendig
- Priorität für Kinderbetreuung, Bildung, Klimaschutz, soziale Infrastruktur und Kultur
- Bürger*innen und Träger sollen frühzeitig beteiligt werden

10 . NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG: SOZIAL UND ÖKOLOGISCH

Stadtentwicklung gemeinsam und vorausschauend gestalten

Eine nachhaltige Stadtentwicklung gelingt, wenn Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit, Erholung und Verkehr zusammen gedacht werden – immer mit Blick auf Umwelt- und Klimaschutz. Jede Planung soll sich an den Besonderheiten der Stadtteile orientieren.

Wir setzen weiterhin darauf, vorhandene Siedlungsflächen zuerst zu nutzen: durch Sanierung und Umnutzung leerstehender Gebäude, maßvolle Erweiterungen oder Aufstockungen sowie die Bebauung von Baulücken und bereits versiegelten Flächen. Die Menschen vor Ort sollen frühzeitig beteiligt werden – ebenso Eigentümer*innen, mögliche Investoren und Förderprogramme.

Eigentum an Flächen ist eine zentrale Voraussetzung, um soziale und ökologische Ziele in der Stadtentwicklung verwirklichen zu können. In den vergangenen Jahren konnten wir in Regierungsverantwortung erreichen, dass sich unsere Stadtentwicklungsgesellschaft SEG verstärkt dem Thema Bodenbevorratung gewidmet hat. Diesen Weg wollen wir weiter vorantreiben.

Die historische Baukultur Marburgs mit ihren Gebäuden und gewachsenen Ensembles wollen wir bewahren. Unser Ziel ist es, so wenig neue Flächen wie möglich zu bebauen, klimafreundliche Wärme- und Stromversorgung auszubauen und genügend Grün- und Begegnungsflächen zu erhalten. Große neue Baugebiete am Stadtrand lehnen wir ab. Neue größere Flächen kommen nur infrage, wenn sie ökologisch vertretbar sind und gut an B3 und Main-Weser-Bahn angebunden werden können.

Prioritäten für die Innenstadt

Eine enge Zusammenarbeit mit der Universität ist dabei besonders wichtig, vor allem mit Blick auf anstehende Veränderungen rund um die alte Universitätsbibliothek und die Philosophische Fakultät.

Neue Verkehrsknotenpunkte, z.B. an der alten UB, sollen zentraler Bestandteil der Planung sein. Die soziale Mischung der Innenstadt muss durch baurechtliche Vorgaben gesichert bleiben. In der Oberstadt wollen wir attraktive Wohn- und Geschäftsräume erhalten. Am Firmaniplatz braucht es zudem eine sichere Querung für Fußgänger*innen.

Stärkung der Außenstadtteile

In den Außenstadtteilen wollen wir neue Treffpunkte und Einrichtungen schaffen oder bestehende stärken – möglichst in den historischen Ortskernen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Dorfladen in Ginseldorf, der Einkaufen, Begegnung und digitale Angebote verbindet und damit die Gemeinschaft vor Ort fördert.

Eine wohnortnahe Versorgung soll künftig eine wichtige Rolle spielen. Leerstehende Häuser und Höfe sollen möglichst zu Wohnraum werden, unterstützt durch gezielte Förderprogramme – vor allem für bezahlbare Wohnungen für Familien. So lassen sich Flächen sparen und dennoch neue Wohnungen schaffen. Die gemeinsame Arbeitsgemeinschaft der Außenstadtteile soll weiterhin finanzielle Unterstützung erhalten.

Unsere Ziele:

- Stadtentwicklung ganzheitlich gestalten: Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Freizeit, Umwelt
- Bodenbevorratung weiter vorantreiben, um unsere Stadtentwicklung sozial und ökologisch steuern zu können
- Vorrang für bestehende Siedlungsflächen
- Historische Gebäude und Baukultur erhalten
- Neue Flächen nur bei guter Verkehrsanbindung und ökologischer Verträglichkeit
- Wärmenetz in der Innenstadt ausbauen, Wohnraum priorisieren
- Außenstadtteile stärken: wohnortnahe Versorgung, lebendige Ortskerne
- Leerstand in neuen, auch bezahlbaren Wohnraum umwandeln
- Zusammenarbeit der Außenstadtteile weiter fördern

11. EINE STARKE WIRTSCHAFT IN EINER KLIMAFREUNDLICHEN STADT

Marburg als leistungsfähiger Wirtschaftsstandort

Marburg ist ein starker und vielfältiger Wirtschaftsstandort. Seine wirtschaftliche Kraft beruht auf den großen Pharmaunternehmen am Behring-Standort und am Görzhäuser Hof, der Philipps-Universität und dem Universitätsklinikum sowie zahlreichen kleinen und mittleren Betrieben aus Industrie, Dienstleistungen und Handel.

Wir wollen diesen Unternehmen gute Entwicklungsmöglichkeiten bieten, gleichzeitig neue Firmen anziehen und gemeinsam mit der Wirtschaft die nachhaltige Weiterentwicklung Marburgs voranbringen.

Gute Bedingungen für Unternehmen schaffen

Eine starke Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen und einen offenen Austausch zwischen Stadt und Unternehmen. Neben klassischen Faktoren wie guter Verkehrsanbindung und ausreichend Flächen gewinnen in Zeiten des Fachkräftemangels vor allem „weiche Faktoren“ an Bedeutung: eine gute und verlässliche Kinderbetreuung, ein vielfältiges Schulangebot, bezahlbarer Wohnraum, eine gute medizinische Versorgung und ein attraktives Kulturleben.

Marburg steht hier im Vergleich zu anderen Städten gut da! Wir setzen uns dafür ein, diesen Vorteil zu erhalten und weiter auszubauen.

Daneben gibt es Anforderungen, die je nach Branche unterschiedlich sind. Die Stadt muss hier in einem fairen und konstruktiven Dialog mit den Unternehmen nach Lösungen suchen – verlässlich, zügig und mit Blick auf die jeweiligen Bedürfnisse. Gleichzeitig dürfen Umweltstandards nicht aufgeweicht werden. Wir wollen gemeinsam Wege finden, die den Flächenverbrauch so gering wie möglich halten.

Marburg als Universitätsstadt – stark und gut vernetzt

Die Philipps-Universität prägt Marburg wie kaum eine andere Einrichtung. Mit ihren Studierenden, den Beschäftigten und ihren zahlreichen Gebäuden trägt sie erheblich zur internationalen Bekanntheit der Stadt bei. Ihre Forschungsstärke, lange Tradition und weltweiten Kooperationen sind ein großes Potenzial für Marburg. Immer mehr universitäre Ausgründungen („Start-ups“) tragen zusätzlich zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Gleichzeitig profitieren auch städtische Projekte von der Expertise der

Universität, etwa in Fragen nachhaltiger Stadtplanung.

Ein regelmäßiger und guter Austausch zwischen Stadt und Universität ist deshalb wichtig – sowohl bei Bau- und Planungsfragen als auch bei Verwaltungsaufgaben, zum Beispiel bei Aufenthaltsgenehmigungen für internationale Studierende.

Häufig ergeben sich für die Universität kurzfristige Chancen, die nur genutzt werden können, wenn die Stadt schnell und zuverlässig entscheidet. Diese gute Zusammenarbeit wollen wir stärken und weiterentwickeln. Dabei steht die klimafreundliche Erreichbarkeit des wachsenden Campus auf den Lahnbergen im Mittelpunkt.

Gemeinsam mit dem Land und der Universität wollen wir zudem eine nachhaltige Zukunftsperspektive für den Standort an der Wilhelm-Röpke-Straße entwickeln, der innenstadtnah liegt und städtebaulich großes Potenzial hat.

Das Universitätsklinikum stärken – Beschäftigte schützen

Das Universitätsklinikum ist der wichtigste Ort für stationäre medizinische Versorgung, Forschung und Ausbildung in Marburg und zugleich einer der größten Arbeitgeber der Region. Wir unterstützen eine positive Entwicklung des Klinikums ausdrücklich!

Gleichzeitig bleiben wir bei unserer Überzeugung: Einrichtungen der grundlegenden Gesundheitsversorgung sollten nicht gewinnorientiert betrieben werden. Trotzdem muss die Stadt beim Baurecht und bei Verkehrsthemen eng und lösungsorientiert mit dem Klinikum zusammenarbeiten – ohne dabei Umweltstandards zu senken.

Gleichzeitig ist klar, dass Universitätskliniken bundesweit zu wenig finanziert werden. Das betrifft auch Marburg, das vom Land Hessen zudem schlechter unterstützt wird als das Klinikum in Frankfurt. Unabhängig davon erwarten wir von der Klinikleitung, dass diese Probleme nicht auf dem Rücken der Beschäftigten gelöst werden. Gute Arbeitsbedingungen sind Voraussetzung für gute Patientenversorgung, Forschung und Lehre.

Ein zukunftsfähiger Pharmastandort

Die Pharmastandorte in Görzhausen und Marbach sind von großer Bedeutung für die Stadt: Viele Menschen arbeiten dort, und die Unternehmen leisten wichtige Beiträge zum städtischen Haushalt. Der Austausch zwischen Unternehmen und Stadt ist gut und muss weiter gepflegt werden. Unser Ziel ist es, wirtschaftliche Stärke und Verantwortung für die Menschen vor Ort miteinander zu verbinden.

Eine gute Erreichbarkeit der Standorte mit Bus und Fahrrad ist dafür zentral. Eine

vom Straßenverkehr getrennte, sichere Radverbindung aus der Innenstadt zu beiden Standorten muss deshalb hohe Priorität haben. Sie entlastet den Verkehr auf dem Marbacher Weg und der Emil-von-Behring-Straße deutlich. Auch eine mögliche Seilbahn zur weiteren Entlastung des Verkehrs wollen wir ergebnisoffen prüfen.

Das klare Bekenntnis der Unternehmen zu Umwelt- und Klimaschutz begrüßen wir. Mit dem Bau eines eigenen Windparks und dem Ziel, bis 2030 klimaneutral zu produzieren, leisten sie einen herausragenden Beitrag zur klimaneutralen Stadt Marburg. Wir unterstützen sie dabei. Auch bestehende Konzepte für eine nachhaltige Gestaltung der Betriebsflächen – etwa beim Energie- und Wassermanagement – sollen gemeinsam weiterentwickelt werden. Der Standort Görzhäuser Hof soll so ausgebaut werden, dass wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit und soziale sowie ökologische Kriterien zusammengeführt werden.

Klimafeste und gut erreichbare Gewerbegebiete

Die besondere Lage Marburgs macht die Entwicklung neuer Gewerbegebiete anspruchsvoll. Die wenigen noch verfügbaren Flächen müssen deshalb klug genutzt werden – sowohl für neue Unternehmen als auch für bestehende Firmen, die aus eigenen Gründen ihren Standort verlagern möchten. Dieser Bedarf wird wichtiger, wenn die Nachfrage nach Wohnraum weiter steigt und innerstädtische Gewerbegebiete zunehmend für gemischte Nutzungen vorgesehen werden.

Mit Blick auf die Klimakrise wollen wir neue Gewerbegebiete sparsam nutzen und weitere Versiegelung der Böden vermeiden. Dienstleistungen und Einzelhandel sollen möglichst in gemischten Gebieten angesiedelt werden – auch durch Aufstockungen –, damit sie gut mit Wohnen kombiniert werden können. Für produzierende Betriebe sollen Flächen möglichst verkehrsgünstig an der B3 und der Main-Weser-Bahn liegen, um Wohngebiete zu entlasten und eine gute Erreichbarkeit zu sichern.

Eine stärkere Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen ist dabei ein wichtiger Baustein. Gemeinsame Gewerbegebiete können stadtnah, gut angebunden und für alle vorteilhaft sein. So lassen sich neue Flächen sparen und schädliche Konkurrenz vermeiden.

Gewerbegebiete – neue wie bestehende – sollen zukünftig stärker ökologisch entwickelt und erneuert werden. Wir wollen Anreize für Unternehmen schaffen und die Zusammenarbeit ausbauen, damit ökologische Standards steigen.

Eine lebendige Stadt für Handel und Tourismus

Marburg ist zugleich Einkaufsstadt und touristisches Ziel. Die Einkaufsbereiche rund um die Universitätsstraße und die Oberstadt mit ihren Geschäften und gastronomischen Angeboten besitzen einen besonderen Charme. Dieser Charakter muss durch gute Stadtgestaltung und einen lebendigen Angebotsmix erhalten bleiben.

Dazu gehören Investitionen in das Umfeld, aber auch gemeinsame Aktionen mit dem Einzelhandel – etwa Einkaufwochenenden oder attraktive Wochenmärkte. Diese sollen an ihren Standorten gestärkt werden und ein klares Profil mit regionalen Produkten erhalten.

Damit die Innenstadt – besonders die Oberstadt – attraktiv bleibt, braucht es weiterhin viel Einsatz und einen engen Austausch zwischen Stadt und Handel. Nur so lassen sich langfristige Leerstände verhindern und Fehlentwicklungen vermeiden.

Das macht Marburg stark:

- Pharmaindustrie, Universität, Klinikum und die vielen kleinen und mittleren Betriebe
- Gute Rahmenbedingungen wie Kinderbetreuung, Wohnraum und Kultur sind entscheidend im Wettbewerb um Fachkräfte
- Stadt und Unternehmen brauchen einen schnellen, konstruktiven Austausch – ohne Abstriche beim Umweltschutz
- Universität und Stadt müssen eng zusammenarbeiten; gute Erreichbarkeit der Lahnberge bleibt zentral
- UKGM stärken: bessere Finanzierung, gute Arbeitsbedingungen, enge Kooperation ohne Privatisierung
- Pharmazie-Standorte Görzhausen und Marbach weiterentwickeln, nachhaltige Mobilität verbessern
- Klimafeste Gewerbeflächen: sparsame Flächennutzung, gute Verkehrsanbindung, interkommunale Zusammenarbeit
- Bestands- und Neubau-Gewerbeflächen sollen ökologisch gestaltet und weiterentwickelt werden
- Handel und Tourismus stärken durch Stadtgestaltung, Wochenmärkte und enge Abstimmung mit dem Einzelhandel

12. KULTUR IN MARBURG: VIELFALT ERHALTEN

Kultur als Grundlage für ein demokratisches Miteinander

Kunst und Kultur sind kein Luxus, sondern elementarer Bestandteil einer vielfältigen und demokratischen Gesellschaft. Das kulturelle Leben in Marburg ist eine Besonderheit der Stadt, gerade die Soziokultur setzt hier weit über die Grenzen Marburgs hinaus bemerkenswerte Akzente.

Seien es die vielfach ausgezeichneten Nachhaltigkeitsprojekte im KFZ, bunte Konzerte, die Menschen aus ganz Deutschland anziehen, oder verschiedenste Aufführungen in der Waggonhalle, dem TnT sowie den vielen weiteren Marburger Kulturschaffenden: Sie setzen wichtige Impulse für gesellschaftlichen Dialog und haben darüber hinaus auch eine wesentliche Bedeutung für den Tourismus und die Attraktivität unserer Stadt.

Der Austausch mit den Akteur*innen der Kultur soll hierbei Grundsatz der städtischen Kulturpolitik sein. Die Stadt muss ein verlässlicher Partner für alle Marburger Kulturinstitutionen und Kunstschaaffenden sein.

Unsere Kultur: vielfältig, offen, zugänglich

Für uns hängt Kultur untrennbar mit der Frage einer Teilhabe für alle zusammen. Wir wollen Barrieren und Hürden für einen kulturellen Zugang einreißen. Wir wollen ein kulturelles Leben in Marburg, an dem alle teilhaben können. Die städtische Kulturförderung muss daher besonders Menschen mit Migrationsgeschichte, mit Behinderungen und mit nichttraditionellen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten (LSBTQIA+) mitdenken.

Die Angebote kultureller Bildung, die es vom Landestheater über die Musikschulen bis hin zur Kunstwerkstatt gibt, wollen wir sichern und stärken – gerade in Zeiten knapper Kassen. Auch Gleichstellungsaspekte reichen in das Feld der Kultur: Menschen dürfen nicht von kulturellen Angeboten ausgeschlossen werden, weil sie beispielsweise keine Kinderbetreuung finden.

Marburg ist eine Universitätsstadt, Marburg ist eine junge Stadt: Wir wollen kulturelle Teilhabe auch für junge Menschen garantieren. Es braucht Flächen für Musik, Kunst und Kultur – wozu auch das Tanzen und Zusammensein gehören. Wir wollen uns für eine vielfältige Kulturlandschaft einsetzen, in der jede*r willkommen ist. Lösungen wie die Ernennung einer*s Nachbürgermeister*in wollen wir prüfen.

Marburgs Geschichte: modern, inklusiv, vielfältig

Marburg ist ein Ort mit jahrhundertelanger Geschichte. Die Geschichte der Universität wollen wir sichtbar machen und anlässlich des 500. Jubiläums der Universitätsgründung im Jahr 2027 vor allem auf den Teil der Geschichte verweisen, der oft vergessen wird: die Geschichten von Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen, die unsere Stadt in den letzten 500 Jahren geprägt haben. Wir wollen die Universität in ihrem Bestreben einer Präsentation ihrer Geschichte unterstützen und mehrere Perspektiven in der Erinnerungskultur beleuchten.

Das Marburger Schloss ist mehr als ein Wahrzeichen für unsere Stadt, und wir begrüßen eine Neukonzeption der aktuellen Nutzungsmöglichkeiten. Wir stehen für eine zeitgemäße, aber realistische Prüfung für die Neugestaltung der Ausstellung, eines gastronomischen Angebots und Möglichkeiten kultureller und gesellschaftlicher Nutzung.

Kulturpolitische Ziele der GRÜNEN sind:

- Erhaltung und Ausbau der kulturellen Vielfalt in Marburg
- Räume für junge Menschen nutzbar machen
- die Erstellung einer langfristigen Kulturplanung der Stadt gemeinsam mit allen Kulturinstitutionen
- ein im Eintrittspreis integriertes ÖPNV-Ticket bei Kulturveranstaltungen und VHS-Angeboten
- einen Bibliotheksbus, der regelmäßig alle Außenstadtteile anfährt und damit die bibliothekarische Versorgung in der ganzen Stadt sicherstellt
- insbesondere die Soziokultur und interkulturelle Projekte in ihrer Arbeit fördern und ausbauen
- Offenheit für neue Kunstformen und innovative kulturelle Strömungen, insbesondere durch einen stärkeren interkulturellen Dialog
- eine bessere Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen, z. B. durch die Stärkung kultureller Bildung und die Sicherstellung kostengünstiger Angebote
- den Ausbau der Kinderbetreuung bei städtischen Kulturveranstaltungen
- die Förderung der Teilnahme von Schüler*innen an Maßnahmen zur kulturellen Bildung
- Geschlechtergerechtigkeit auch im Bereich der Kultur, mit dem Ziel, u.a. mittelfristig

50 % FLINTA*-Personen¹ in Leitungspositionen von kulturellen Einrichtungen zu erreichen

1 Das Akronym FLINTA* steht für Frauen, Lesben, inter-, nicht-binäre, trans* und agender Personen. Das Sternchen (Asterisk) am Ende soll zusätzlich weitere Variationen der Geschlechtervielfalt einbeziehen.

13 . GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE FÜR ALLE MENSCHEN

Gleichstellung als zentrale Aufgabe

Gleichstellung bedeutet für uns echte Gleichberechtigung aller Geschlechter und ein klares Eintreten gegen jede Form von Ausgrenzung. Marburg soll eine Stadt sein, in der Vielfalt geschätzt wird und weder Rassismus, Antisemitismus noch Alters-, Geschlechter- oder soziale Diskriminierung Raum haben.

Dazu gehört auch, alte Rollenbilder zu hinterfragen und zu verändern. Geschlechtergerechtigkeit gelingt nur, wenn wir nicht nur Frauen stärken, sondern auch Männer in neue Rollen einbeziehen und ihnen entsprechende Angebote machen.

Eine familienfreundliche Stadt für alle Lebensmodelle

Familien sind vielfältig und brauchen passende Unterstützung – unabhängig davon, wie sie leben oder welche Herausforderungen sie im Alltag haben. Gute Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt ist dafür entscheidend. Stadtpolitik muss Geschlechtergerechtigkeit in ihren Angeboten und Strukturen mitdenken – von Betreuungsangeboten über die Stadtplanung bis zu Teilhabemöglichkeiten.

Wir setzen uns daher für flexible Sitzungszeiten und Betreuungsangebote bei städtischen Veranstaltungen ein. Zuschüsse zu Betreuungskosten, barrierefreie Teilhabe, regelmäßige Prüfungen städtischer Angebote auf Geschlechtergerechtigkeit und mehr Unterstützung für Alleinerziehende gehören ebenso dazu wie Programme zur Stärkung aktiver Vaterschaft. Auch in Geburts- und Betreuungssituationen wollen wir Druck und Übergriffigkeit verringern. Eine geschlechtersensible Stadtplanung soll sichere und gut nutzbare öffentliche Räume schaffen. Familienbedarfe müssen in Bauvorhaben und Infrastrukturplanungen einfließen.

Sicherheit im öffentlichen Raum stärken

Sicherheit bedeutet für uns mehr als technische Überwachung: Sie umfasst Prävention, soziale Unterstützung und eine Stadt, in der sich alle Menschen sicher bewegen können. Aktivierbare Kamerasysteme können an einigen Orten helfen, aber genauso wichtig ist der Ausbau von Sozialarbeit und Maßnahmen gegen Gewalt. Wir wollen prüfen, wo Kameras wie das System „LISA“ sinnvoll sind, gleichzeitig aber Sozialarbeit, Gewaltprävention und die Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen stärken.

Gleichstellung in jeder Lebensphase sichern

Gleichstellung beginnt im Kindesalter und begleitet Menschen ein Leben lang. Kinder brauchen Vorbilder jenseits hergebrachter Rollenbilder. Erwachsene benötigen faire Chancen im Berufs- und Familienleben, und ältere Menschen müssen barrierefrei am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Besonders Frauen sind oft von strukturellen Benachteiligungen betroffen, denen aktiv entgegengewirkt werden muss.

Wir setzen uns dafür ein, mehr männliche Erzieher in städtischen Kitas zu gewinnen und nicht-stereotype Kinderliteratur zu fördern. Angebote für Frauen in den Bereichen Finanzen und Digitalisierung sollen ausgebaut werden, damit sie unabhängiger leben und Altersarmut vorbeugen können. Für Senior*innen wollen wir Beratungsangebote erweitern, Barrieren abbauen und Begegnungsorte schaffen. Wir treten gegen Altersdiskriminierung ein und setzen uns besonders für ältere Frauen ein, die von Armut bedroht sind. Freie Träger, die Beteiligung und Bildung fördern, sollen weiterhin unterstützt werden.

Frauen schützen und stärken

Gewalt gegen Frauen bleibt ein schwerwiegendes gesellschaftliches Problem. Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention ein, die Frauen und Mädchen umfassenden Schutz vor Gewalt garantiert. Einrichtungen wie das Frauenhaus und der Frauennotruf müssen langfristig gesichert werden. Kostenfreie Rechtsberatung und eine verlässliche Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt wollen wir unterstützen.

Wir wollen sichere Räume für besonders verletzliche Frauengruppen, darunter Frauen mit Migrations- oder Fluchterfahrung. Dazu gehören herkunftssprachliche Beratung, Bildungsangebote und wirksame Maßnahmen gegen Retraumatisierung. Das Thema Genitalverstümmelung soll durch Kooperationen mit Ärztinnen und Ärzten sichtbar gemacht werden. Für arbeitslose Frauen mit Fluchterfahrung wollen wir gezielte Ausbildungsberatung bieten.

Frauen und Mädchen mit Behinderung stärken

Frauen und Mädchen mit Behinderung erleben oft mehrere Formen der Benachteiligung gleichzeitig. Sie brauchen barrierefreie Schutzzräume, spezialisierte Beratung und verlässliche Prävention, um sicher leben und gleichberechtigt teilhaben zu können.

Wir setzen uns für ein barrierefreies Frauenhaus ein, für spezialisierte Peer-Beratung und für stärkere Gewaltprävention in der Behindertenhilfe. Das Projekt SUSE, das

Mädchen und Frauen bei Gewalt unterstützt, soll langfristig gesichert werden.

Gegen jede Form von Diskriminierung

Eine wirksame kommunale Antidiskriminierungsarbeit ist wichtig für ein respektvolles und gerechtes Zusammenleben. Betroffene brauchen niedrigschwellige Beratung, und die Stadt muss Ausgrenzung sichtbar machen und konsequent bekämpfen. Dafür wollen wir kompetente Beratungsangebote, Fortbildungen für städtische Beschäftigte, eine enge Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat, Opferschutzprogramme und Unterstützungsangebote ausbauen. Projekte wie „Schulen ohne Rassismus“ sowie der Austausch mit migrantischen Organisationen und Initiativen sollen weiter gestärkt werden.

Sichtbarkeit und Schutz für queeres Leben sichern

Eine vielfältige Stadt braucht Räume, in denen queeres Leben sichtbar und sicher ist. Niemand soll wegen des Geschlechts oder der sexuellen Identität ausgegrenzt werden. Wir wollen bestehende Strukturen wie den CSD Mittelhessen sichern und weiterentwickeln sowie Initiativen für queere Menschen stärken. Dazu planen wir ein Queeres Zentrum, das Beratung, Kultur und Begegnung an einem Ort bündelt. Städtische Einrichtungen sollen auf die Bedürfnisse älterer queerer Menschen eingehen.

In der Jugendhilfe sollen die Themen Geschlecht und Sexualität fester verankert werden. Eine lebendige Erinnerungskultur sowie regelmäßige Schulungen für Mitarbeitende sind ebenso wichtig wie gerechter gestaltete öffentliche Gebäude – mit kostenlosen Hygieneartikeln, genderneutralen Toiletten und Wickeltischen.

Gleichstellung in Verwaltung und Gremien fördern

Auch die Stadt selbst trägt Verantwortung, Gleichstellung vorzuleben. Dazu gehören faire Chancen in Verwaltung und Gremien, gezielte Förderung von Frauen und eine Organisationskultur, die Vielfalt als Stärke sieht. Wir unterstützen interne Fortbildungen zu Care-Arbeit, Selbstbehauptung und geschlechtersensiblem Kommunikationsverhalten. Hospitationstage für Frauen in männerdominierten Berufen und Ehrenämtern sollen ausgebaut werden. Eine geschlechtergerechte Besetzung städtischer Gremien und das Mentoring-Programm „Frauen in die Politik“ sollen verstetigt werden.

Marburg soll eine diskriminierungsfreie Stadt sein, die Vielfalt schützt. So erreichen wir das:

- Familienfreundlichkeit stärken: flexible Angebote, sichere Räume, geschlechtersensible Planung
- Sicherheit durch Prävention, Sozialarbeit und gezielte technische Maßnahmen
- Gleichstellung von Kindheit bis Alter sichern, besondere Unterstützung für Frauen
- Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen, Einrichtungen langfristig sichern
- Barrierefreie Schutz- und Beratungsangebote für Frauen und Mädchen mit Behinderung
- Starke kommunale Antidiskriminierungsarbeit und gute Beratungsstrukturen
- Schutz und Sichtbarkeit für queeres Leben; Aufbau eines Queeren Zentrums
- Gleichstellung in Verwaltung und Gremien verankern und Frauen gezielt fördern

14 . NACHHALTIGEN TOURISMUS FÖRDERN

Märchenhaftes Marburg

Marburg ist eine touristisch attraktive Stadt und lädt mit ihrer schönen Umgebung und ihren Sehenswürdigkeiten zum Besuch ein. Marburgs Geschichte und das vielfältige Kulturangebot eignen sich für einen reizvollen Tagesausflug, das Lahntal für einen aktiven Urlaub. Der Tourismus hat inzwischen sowohl für die lokalen Beherbergungsbetriebe als auch für den Einzelhandel in der Oberstadt eine große wirtschaftliche Bedeutung.

Die Weiterentwicklung kultureller Angebote sowie eine ökologische Stadt- und Landschaftsentwicklung sind daher entscheidend für die nachhaltige Stärkung der touristischen Attraktivität. Die Nähe zum Rhein-Main-Gebiet und zu den touristisch wachsenden Regionen Nordhessens lädt zusätzlich dazu ein, nach Marburg zu kommen.

Tourismus lebt von neuen Ideen und Innovationen. Gleichzeitig muss er nachhaltig gestaltet werden – sozial gerecht, kulturell sensibel, ökologisch tragfähig und wirtschaftlich sinnvoll. Diesen Anspruch setzen wir an eine moderne Tourismusstrategie für Marburg. Wir sind überzeugt, dass wir so noch attraktiver für inländische wie ausländische Gäste werden können!

Besondere Stadt – besondere Erlebnisse

Besucher*innen sind häufig Familien und ältere Menschen, die das besondere Flair der Stadt schätzen. Immer mehr internationale Gäste kommen als Tourist*innen oder Kongress- bzw. Tagungsteilnehmende nach Marburg.

Die Besonderheiten der Stadt spielen dabei eine große Rolle: einzigartige Baudenkmäler wie das Schloss oder die Elisabethkirche, mittelalterliche Gassen, die besondere Topografie, die vielen Treppen und die öffentlichen Aufzüge als Teil des Verkehrssystems. Diese Merkmale wollen wir besser vernetzen – verbunden mit Gastfreundschaft und guter Orientierung, damit Besucher*innen Marburg positiv und weltoffen erleben können.

Infrastruktur für nachhaltigen Tourismus stärken - Verbesserte Anreise und Mobilität

Marburg ist gut mit Bahn und Auto erreichbar. Der neu gestaltete Bahnhofsvorplatz bietet ankommenden Besucher*innen einen attraktiven Empfang. Für Radreisende jedoch fehlt es z. B. am Bahnhof an angemessener Infrastruktur. Ein Fahrradparkhaus

mit Komfort ähnlich dem eines PKW-Parkhauses ist dringend notwendig.

Touristische Attraktionen sowie Kulturveranstaltungen sollten im Rahmen eines Leitsystems möglichst barrierefrei und mehrsprachig erreichbar und verständlich gemacht werden. Zudem braucht Marburg eine BesucherCard, die als Tageskarte für den ÖPNV gilt und gleichzeitig ermäßigte oder kostenfreie Eintritte in Museen und Sehenswürdigkeiten gewährt.

Wir GRÜNE wollen:

- ein mehrsprachiges touristisches Besucherleitsystem, digital und analog
- den Ausbau der Barrierefreiheit in Museen
- eine bessere Vernetzung der Marburger Highlights und Attraktionen
- eine verbesserte Anbindung an das Schloss
- die Einführung einer BesucherCard mit breiter Vermarktung

Vernetzung der kulturellen Angebote

Marburg verfügt über zahlreiche Museen und Sammlungen, die jedoch stärker miteinander vernetzt, modernisiert und nach außen einheitlich präsentiert werden müssen. Auch das Schlossareal braucht eine zeitgemäße Aufbereitung und eine bessere Anbindung.

In den Museen schlummert großes, bisher wenig genutztes Potenzial. Mehr gemeinsame Projekte, einheitliche Öffnungszeiten und ein gemeinsamer Auftritt – analog wie digital – sollen in Kooperation mit der Stadtverwaltung, der Universität und der Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH (MSLT) entstehen.

Deshalb werden wir:

- das Schloss angemessen präsentieren, als außerschulischen Lernort etablieren und das Areal aufwerten
- die Aussichtsplattform am Kaiser-Wilhelm-Turm verbessern (Bodenbelag, Sitzmöglichkeiten, Beschilderung)
- die Zusammenarbeit der Museen stärken, besonders mit der Universität
- die Kommunikation zwischen Museen und der MSLT verbessern

Nachhaltigkeit im Tourismus

Ein nachhaltiger Tourismus setzt besonders auf Wander- und Fahrradtourismus. Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Ausflugsziele autofrei erreichbar sind. Dazu müssen E-Bike-Verleihangebote verbessert und Wegemarkierungen modernisiert werden, z. B. auf den Lahnbergen oder im Stadtwald.

Mit der neuen Jugendherberge steigt das Interesse am Fahrradtourismus weiter. Daher müssen zentrale Stellen wie der Bereich um den Oberstadtaufzug, die Eingänge zur Fußgängerzone oder der Südbahnhof mit ausreichenden Fahrradabstellanlagen ausgestattet werden.

Dafür wollen wir:

- nachhaltige touristische Angebote wie Wander- und Radtourenvorschläge ausbauen
- gemeinsam mit Partnern wie Deutscher Bahn/Ameropa neue Angebote entwickeln, die klimafreundlich Reisende nach Marburg führen
- ökologische und barrierefreie Tourismuskonzepte fördern
- Radleihmöglichkeiten – auch für E-Bikes – verbessern

15. SPORT ALS GRUNDLAGE FÜR EIN GESUNDES UND VIELFÄLTIGES MITEINANDER

Sport als verbindende Kraft

Sport ist weit mehr als Bewegung: Er stärkt die Gesundheit, schafft soziale Begegnungen, fördert Integration, baut Selbstbewusstsein auf und verbindet Menschen über alle Grenzen hinweg. Die Marburger Sportlandschaft – von Spartenvereinen bis hin zum Breiten- und Freizeitsport – steht jedoch vor finanziellen und räumlichen Herausforderungen.

Unser Ziel ist es, Marburg als nachhaltige, inklusive und gesundheitsfördernde Sportstadt weiterzuentwickeln, in der alle Menschen – unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft oder körperlicher Verfassung – Zugang zu Bewegung und Sport haben.

Vielfältige und nachhaltige Sportstätten

Sportflächen in der Stadt sind wichtige Orte für Begegnung, Bewegung und Gemeinsinn. Deshalb wollen wir innerstädtische Sport- und Freiflächen erhalten und sie dort, wo es sinnvoll ist, zu öffentlich nutzbaren Bewegungsparks weiterentwickeln. Dazu zählen Freizeitspielfelder für spontane Mannschaftsspiele ebenso wie kostenlose Sportangebote in den Quartieren – etwa Calisthenics-Parks, Tischtennisplatten oder beleuchtete Laufstrecken.

Auch Sportarten wie Laufsport, Inlineskating oder Mountainbiking sollen sichere und legale Wege erhalten. Eine ausgewiesene Mountainbike-Strecke gehört ausdrücklich dazu. Schwimmen in der Lahn soll möglich werden, sobald die Wasserqualität dies verantwortbar macht.

Gleichzeitig wollen wir alle Sportstätten energieeffizient sanieren und mit erneuerbaren Energien betreiben. Auch Flutlicht- und Hallenbeleuchtung sollen vollständig auf sparsame LED-Technik umgestellt werden.

Starker Vereinssport und Anerkennung des Ehrenamts

Die Sportvereine mit ihren vielen Ehrenamtlichen bilden das Herz der Marburger Sportlandschaft. Sie bieten Zusammenhalt, Integration und eine Vielfalt an Angeboten für alle Altersgruppen. Wir wollen deshalb die mietfreie Nutzung kommunaler Sportanlagen für Vereine beibehalten und Ehrenamtliche stärker unterstützen – etwa durch kostenlose digitale Fortbildungen, praktische Entlastungsangebote und

Maßnahmen zur Gewinnung von Nachwuchs.

Kooperationen zwischen Sport-, Kultur- und Sozialvereinen sollen ausgebaut werden, ebenso wie die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen im Rahmen des Ganztags. Auch Vereine, die digitale Formate entwickeln oder erweitern wollen, sollen Unterstützung erhalten.

Sport für alle – Barrierefreiheit und Teilhabe sicherstellen

Sportangebote müssen für alle zugänglich sein. Deshalb wollen wir barrierefreie Zugänge zu sämtlichen Sportstätten ermöglichen und inklusive Sportangebote deutlich stärken. Vereine sollen dabei unterstützt werden, inklusive Trainingsformen zu entwickeln. Mehrsprachige Bewegungsangebote können Menschen erreichen, die bisher keinen Zugang zum Vereinssport hatten. Außerdem soll der MarburgPass – als wichtiger Baustein sozialer Teilhabe – auf sportliche Angebote ausgeweitet werden.

Kinder- und Jugendsport gezielt fördern

Kinder und Jugendliche brauchen sichere Orte, an denen sie sich bewegen können. Wir wollen Kitas, Schulen und Vereine besser miteinander vernetzen und sichere Spiel-, Sport- und Bewegungsflächen schaffen, besonders in Stadtteilen mit schwierigen Bedingungen. Freizeit- und Ferienprogramme, Wettbewerbe sowie niedrigschwellige Bewegungsangebote sollen ausgebaut werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Projekten, die Bewegungsmangel vorbeugen und die körperliche und geistige Gesundheit von Kindern stärken.

Gesundheit und Prävention durch Sport

Sport ist ein zentraler Baustein für ein gesundes Leben. Darum wollen wir Gesundheitskurse in Zusammenarbeit mit Krankenkassen und Gesundheitsämtern unterstützen, Bewegungsangebote für Senior*innen ausbauen und Projekte fördern, die Suchtprävention oder seelische Gesundheit mit Bewegung verbinden. Lokale Gesundheitstage und öffentlichkeitswirksame Aktionen sollen weiter gestärkt werden, um noch mehr Menschen für Sport und Bewegung zu gewinnen.

Sport stärkt Gesundheit, Begegnung und Zusammenhalt in der Stadt. Deshalb:

- Öffentliche Sport- und Bewegungsflächen erhalten und ausbauen
- Energieeffiziente, klimafreundliche Sportstätten und LED-Umrüstung

- Starke Unterstützung für Vereine und Ehrenamt, inkl. mietfreier Nutzung
- Barrierefreie und inklusive Sportangebote für alle Altersgruppen
- Kinder- und Jugendsport besonders fördern, sichere Bewegungsflächen schaffen
- Gesundheits- und Präventionsangebote mit Sport verbinden
- Mehrsprachige und niedrigschwellige Angebote ausweiten
- MarburgPass um sportliche Angebote erweitern

16 . EUROPA IN UND FÜR MARBURG

Marburg als europäische Stadt

Marburg ist eine Stadt, in der Menschen aus mehr als 150 Nationen leben. Diese Zahl zeigt nicht nur die internationale Ausrichtung von Universität, Wirtschaft und Forschung, sondern auch die Weltoffenheit der gesamten Stadtgesellschaft.

Diese europäische Offenheit wollen wir bewahren und weiterentwickeln. Sie bildet die Grundlage für ein Marburg, das sich aktiv in europäischen Austausch einbringt und von ihm profitiert.

Chancen durch europäischen Austausch nutzen

Die Europäische Union bietet ein starkes Netzwerk und umfangreiche Möglichkeiten, von denen Marburg in vielen Bereichen profitieren kann – etwa bei Klimaanpassung, Mobilität, Gleichstellung, Migration oder Digitalisierung. Der Austausch mit Partnerstädten ermöglicht fachlichen Wissenstransfer, gemeinsame Projekte und den Zugang zu EU-Fördermitteln, zum Beispiel für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Europäische Kooperation hilft uns, Antworten auf Zukunftsfragen gemeinsam zu entwickeln und lokale Lösungen durch internationale Erfahrungen zu bereichern.

Europabildung und Partnerschaften stärken

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen verstärkt Austauschprogramme nutzen können und ihre Kontakte zu europäischen Partnerstädten weiter ausbauen. Europabildung und interkulturelle Erfahrung sind wichtige Grundlagen für die Zukunft junger Menschen.

Zudem sollen in der Stadtverwaltung die Beratungsangebote zu EU-Fördermitteln gestärkt werden. Eine zentrale Koordinationsstelle soll lokale Akteure – etwa Vereine, Initiativen, Hochschulen und Unternehmen – mit europäischen Partnern verbinden und Projekte begleiten. Auch Mehrsprachigkeit soll in der Verwaltung stärker verankert werden, unterstützt durch moderne digitale Werkzeuge und KI.

Die Städtepartnerschaften der Stadt sollen dauerhaft gesichert und organisatorisch unterstützt werden. Gleichzeitig sollen Vereine und zivilgesellschaftliche Gruppen aktiv eingebunden werden, um den Austausch lebendig zu halten und ihn für mehr Menschen zugänglich zu machen.

Europa vor Ort sichtbar machen

Europa wird dann lebendig, wenn es im Alltag spürbar ist. Deshalb wollen wir, dass Marburg an der EU-Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ teilnimmt. Damit sollen Informationen über EU-Themen verständlicher, Beteiligungsmöglichkeiten direkter und die europäische Öffentlichkeit in Marburg sichtbarer werden. So schaffen wir mehr Nähe zur Europäischen Union und stärken das Verständnis für europäische Zusammenarbeit.

Marburg in Europa – Europa in Marburg:

- Marburg ist eine internationale Stadt mit Menschen aus über 150 Nationen
- Europäische Offenheit soll Grundlage der Stadtpolitik bleiben
- EU bietet große Chancen für Klimaschutz, Mobilität, Digitalisierung, Gleichstellung und Migration
- Austausch mit Partnerstädten ermöglicht Wissenstransfer und EU-Förderung
- Schulen sollen mehr Austauschprogramme nutzen
- Verwaltung braucht stärkere Beratungsangebote zu EU-Fördermitteln
- Zentrale Koordinationsstelle soll europäische Projekte unterstützen
- Mehrsprachigkeit in der Verwaltung fördern
- Städtepartnerschaften sichern und zivilgesellschaftlich beleben
- Teilnahme an „Europa fängt in der Gemeinde an“ zur Stärkung der EU-Sichtbarkeit vor Ort



**GEMEINSAM
GEHT'S.**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MARBURG